

Der FUNKER

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 158 B

BERLIN • Freitag, den 8. Juli 1932

1 JAHRGANG

AUS DEM INHALT:

Die Rote Gewerkschafts-Internationale berichtet.
Der akademische Pöbel / Fall Gumbel.
Käthe Kollwitz zum 65. Geburtstag.
Die Drehscheibe macht ihre letzten Touren.
Das Schreckgespenst einer guten Ernte.

Nazi-Einbruch in die Betriebe.

Von Hans Kakies.

Im „Funke“ vom 5. Juli haben wir über die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen berichtet, die im Juni auf einigen Zechen des Wurmreviers (nördlich von Aachen) stattfanden, darunter auch über folgende Wahlergebnisse auf „Eschweiler-Reserve“:

	Juni 1932	1931	1930
Freie Gewerkschaften	486	650	777
RGÖ	849	953	873
Christliche Gewerkschaften	192	289	341
Nazis	139	—	—
„Stahlhelm“	118	—	—

Während die RGÖ sich seit Jahren behauptet, nimmt der freigewerkschaftliche Bergbauindustriearbeiter-Verband (BAV) stark ab. Ähnlich ist das Bild auf den anderen Zechen.

„Woher die Ursachen?“
„Hierüber ist klar zu kommen, sprach ich mit vielen Kollegen von „Eschweiler-Reserve“, darunter waren Freigewerkschaftler vom BAV, Anhänger der RGÖ, Christliche und Unorganisierte. Ich erfahre etwa folgendes:

„Eschweiler-Reserve“ zählt heute noch 2000 Mann Belegschaft. Etwa 800 sind im Laufe mehrerer Monate entlassen worden. Die erklären aber nicht den Verlust des BAV. Denn überwiegend sind RGÖ-Leute zur Entlassung gekommen.

Trotzdem nimmt die RGÖ zu.

Welches also sind die Ursachen?

Zunächst die größere propagandistische Rührigkeit der Kommunisten. Als einzige Spuren der Betriebsrätewahlen kleben an den Mauern noch die Plakate der RGÖ. Die forderten zum Kampf gegen die „Lohnabbau-Gewerkschaften“, die schuld seien an folgenden Verschlechterungen:

- Januar 1931: 6 Prozent Lohnabbau;
- Juni 1931: Urlaubskürzung um 1 bis 3 Schichten, je nach Dienstjahren;
- Oktober 1931: 7 Prozent Lohnabbau;
- Januar 1932: 10 Prozent Lohnabbau.

Dieser Propaganda setzt der BAV nichts entgegen; zum Teil vielleicht, weil es ihm schwer fällt, die Vorwürfe überzeugend zurückzuweisen. Der BAV hält keine Versammlungen ab, ist nach außen hin in keiner Weise aktiv. Die RGÖ dagegen beruft monatlich Versammlungen ein. Sie werden zwar auch nicht besucht, nicht einmal von den eigenen Anhängern; immerhin aber erfährt man: die RGÖ ist da.

Trotz solcher Bemühungen gelingt es der RGÖ nicht, zu praktischen Maßnahmen Massen hinter ihre Parolen zu bringen. Die Wahlen sind die einzige Ausnahme.

Zu den verschiedenen Streiks, die von der RGÖ ausgerufen waren, z. B. im Oktober 1931, hat sich nur ein unbedeutender Bruchteil der RGÖ-Anhänger gestellt.

Von 751, die im vorigen Jahr RGÖ wählten, sind keine 200 der Streikparole gefolgt (nach Angaben von RGÖ-Anhängern). Streikposten hätten Arbeitslose gestellt. Nur in einem Fall hatte man einen Betriebsarbeiter hierbei betroffen; der aber hatte sich vor dem Streik vorsorglich einen Krankenschein besorgt.

Obwohl aber diese Schwäche der RGÖ besteht und obwohl in Flugblättern diese Dinge ausgeschlachtet wurden, unter Verquickung mit den unsäglichsten persönlichen Angriffen, gelang es nicht, die RGÖ zu schwächen.

Hierzu antwortet der freigewerkschaftliche Funktionär: Die RGÖ rekrutiert sich vorwiegend aus „Fremden“, die zugezogen seien (Saarländern, Oberschleslern, Polen). Die „Fremden“ seien radikaler, der Verhetzung durch die RGÖ zugänglicher, für den BAV schwerer zu gewinnen. Die „Fremden“ seien vor allem auch Ledige.

Das trifft aber den Kern der Sache nicht. Denn „Fremde“ gibt es eigentlich nicht mehr, da infolge der geringen Einstellungsziffer die Wanderarbeiterbewegung so gut wie stillgelegt ist. Wer eine Arbeitsstelle hat, versucht nach Möglichkeit, sie zu halten.

Der Grund liegt also tiefer. Er liegt in Erfahrungen wie folgender: Ein Unorganisierter wird vom Steiger bestraft.

Neue Pläne der Dunkelmänner: Diktatur in Vorbereitung.

W—er. Es ist für viele Menschen eine offene Frage, was die Regierung Pape n zu tun gedenkt, wenn sie am 31. Juli in der Minderheit bleibt. Es gibt da viele Möglichkeiten, den angeblich bestimmenden „Volkswillen“ zu korrigieren. „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften und Steigerwalds und Brüning's weiß darüber folgendes mitzuteilen:

„In den Kreisen, die an dem Sturze Brüning's mitgearbeitet haben, wälzt man sehr radikale Pläne. Es ist da von einer Präsidial-Regierung, von einer Direktorial- oder diktatorähnlichen Regierung die Rede. Es ist sicher kein Zufall, daß Brüning in all seinen Reden jetzt immer wieder auf diese Pläne und Gedanken warnend hinweist.

Es scheint darum an der Zeit, den Schleier etwas zu lüften und zu zeigen, wie sich gewisse Kreise das zukünftige „Präsidial-Kabinett“ vorstellen.

Uns ist darüber folgendes bekannt: das Kabinett soll in Zukunft völlig unabhängig vom Reichstag gemacht werden. Das heißt, dem Reichstag soll das Recht, die gesamte Regierung oder einzelne Minister durch Mißtrauensanträge zu stürzen, entzogen werden. Allein der Reichspräsident hätte nach diesen Plänen das Recht der Abberufung wie der Berufung. Weiter ist daran gedacht, die verfassungsmäßige Position des Reichstages dadurch zu schwächen, daß ihm eine Art Oberhaus an die Seite gestellt wird, dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten berufen werden sollen. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Vorschlag von Carl Düssel, der in der Beilage des „Ring“, „Staat und Wirtschaft“ erschienen ist. (Heinrich v. Gleichen, einer der Männer vom Deutschen Herren-Klub, zu dessen Mitgliedern der Kanzler gehört, ist der Herausgeber.) Carl Düssel schlägt die Schaffung eines „Staatsbeirates“ vor, in dem Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kulturelle Körperschaften vertreten sein sollen.

Die Mitglieder sollen nicht von den Verbänden nominiert, sondern berufen werden.

Die Pläne sehen weiter eine Erweiterung der Macht des Reichspräsidenten vor. So eine Aenderung des Artikels 43 der Reichsverfassung, der dem Reichstag das Recht gibt, die Absetzung des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung durchzusetzen. Auch ist eine Aenderung der Bestimmungen über die Präsidentenwahl geplant.

Der Reichspräsident soll das Recht haben, eine Art geheimen Rat aus überparteilichen Persönlichkeiten zu bilden. Dieser Rat soll u. a. einen Nachfolger des Reichspräsidenten bestimmen; der Reichstag dürfte einen zweiten Kandidaten benennen. Das Volk soll nur noch das Recht haben, zwischen diesen beiden zu entscheiden.

Es werden noch weitere Pläne gewälzt, aber darüber besteht anscheinend noch keine Einigkeit.

„Der Deutsche“ meint weiter, daß dieses ganze Zeug durch ein Volksbegehren ins Rollen kommen soll, das Hindenburg stellen sollte. Im übrigen meint er, daß weder das deutsche Volk noch Hindenburg sich an solchen Aenderungen beteiligen werden.

Was das deutsche Volk angeht, so möchten wir keine Prophezeiungen in bezug auf seine Wahlfähigkeit anbringen. Hindenburg ist für eine Verfassungsänderung, die mit dem Reichstag die Verfassung übereinstimmt, gewillt zu haben — denn er ist von Herzen nie Republikaner oder Demokrat gewesen.

Aber darauf kommt hier nicht viel an: Wenn Hindenburg sich weigert, die Streiche der Herren-Klub-Leute mitzumachen, werden sie nicht in Verlegenheit kommen: dann werden sie auch ihn so abkillen (natürlich parlamentarisch) wie Herrn Brüning.

Und deshalb muß die Arbeiterschaft die Augen offen halten: Der Herren-Klub, der organisierte und der größere: die Herrenklasse geht auf ganze! Sie will wieder ran an die Macht — mit oder ohne Parlament. Nur die geeinte Arbeiterschaft kann ihr auf die Finger klopfen.

Der kraftlose Endkampf in Lausanne.

S. H. Die Situation in Lausanne steht so: Herriot und MacDonald sind beide für die nächste Woche in ihren eigenen Ländern engagiert. Herriot für die Bereinigung der Kammerkrise, die durch die Sparmaßnahmen der Regierung hervorgerufen ist; MacDonald durch die Vorbereitung der Empire-Konferenz in Ottawa. Vor allem MacDonald liegt daran, die Konferenz nicht scheitern zu lassen. Er kämpft angestrengt darum, die Lösung unter Dach und Fach zu bringen; es geht um das Prestige seiner Person als Vorsitzender der Konferenz.

Die Zeit von wenigen Tagen soll jetzt genügen, die Schwierigkeiten, die bei den maßgebenden Parteien in Frankreich und Deutschland vorliegen, zu überwinden. Jahre sind verbracht worden, den Machtstandpunkt, den diese Parteien einnehmen, zu befestigen. Kein Wunder, daß die Verständigung jetzt nicht gelingt, zumal die ewigen Sitzungen den ganzen Kampf zu einer Nervenprobe machen als zu einer besonnenen Abwägung. Dieses Urteil bedeutet keine Entlastung der jetzt verhandelnden Politiker, sondern im Gegenteil die härteste Anklage gegen eine Diplomatie, die sich zur Vorbereitung aller aufrichtigen Verständigungsbemühungen verschlossen und sich statt dessen zum Sprachrohr jener auf ihre Macht pochenden Parteien gemacht hat.

Der Gegensatz ruht ganz offenbar bei den politischen Fragen. In den finanziellen zeigt es sich, daß vor allen Dingen Deutschland zum Nachgeben bereit ist. Man spricht davon, daß Pape n am Mittwoch sogar 3 Milliarden Mark in Aussicht gestellt haben soll. Diesen Kaufpreis zu zahlen ist er bereit, wenn er dafür zu seinem Kabinett und den mit diesem Kabinett verbündeten Parteien zurückkehren kann mit der Versicherung, daß es ihm gelungen sei, die „Die-

krimation“ aus dem Versailler Vertrag herauszubringen. Herriot, in dessen Land die „Heiligkeit der Verträge“ eine gleich empfindliche Stelle bedeutet wie die Schuldfrage für Deutschland, wehrt sich mit aller Macht, die von Deutschland verlangte *ausdrückliche Aufhebung* anzuerkennen. Er will nur zugeben, daß mit der Zahlungsbereinigung der Abschnitt VIII des Vertrages, der mit dem Kriegsschuldparagraphen 231 beginnt, als erledigt betrachtet wird. Die ganze Konferenz steht unter dem Zeichen dieses Kampfes. Die Sitzungen, die am Mittwoch fast ununterbrochen stattfanden, erreichten ihren Höhepunkt am Nachmittag, als die Verhandlungen MacDonalds mit den deutschen, italienischen, französischen und belgischen Vertretern kurz vor 19 Uhr zu einer offiziellen Sitzung der einladenden Mächte erklärt wurden, an der nur die Chefs der Regierungen teilnahmen. Die Sitzung brach nach einer Stunde ergebnislos ab. Nach einer kurzen Abendpause wurden die Besprechungen wieder aufgenommen und unerwartet schon um 23 Uhr abgeschlossen. Herriot erklärte zum Schluß, daß er Ruhe brauche, um die verschiedenen Vorschläge zu prüfen. Es zeigte sich auch, vor allem bei MacDonald, eine solche Erschöpfung, daß das weitere Verhandeln schon aus diesem Grund zur Sinnlosigkeit wurde. Die Gegensätze bestehen bei dieser Lage unvermindert fort.

Dabei hat man noch nicht einmal den Eindruck, daß hier Politik getrieben wird, d. h. die Kunst der Gestaltung des öffentlichen Lebens, sondern daß diese Unterhändler unter dem Druck der Schreier in ihren Ländern die von diesen erhobenen Forderungen monoton wiederholen — in der einzigen Hoffnung, den Partner zu ermüden und ihn dadurch zum Nachgeben zu bewegen.

Hilfesuchend wendet er sich an den Betriebsrat vom BAV. Dieser fragt ihn:

„Bist du organisiert?“ „Nein.“ „Dann kann ich nicht für dich eintreten.“ Der Kollege geht nun zur RGÖ.

Das Argument ist geliefert, daß der BAV sich nicht für die Kollegen einsetzt. Und hier liegt tatsächlich ein Grund dafür,

daß die ehemals „Fremden“, die Unorganisierten, RGÖ wählen und nicht BAV, daß sie sich nicht im BAV organisieren und so tatsächlich „fremd“ bleiben.

Allerdings gehen sie auch kaum in die RGÖ. Die wenigsten RGÖ-Wähler sind organisierte Mitglieder. Zum Teil mag das an Faulheit liegen. Hinzu kommt, daß alle RGÖ-Anhänger

von vornherein von der Betriebsleitung benachteiligt werden. Ein Beispiel: Ein Kollege läßt sich um 9 Uhr in die RGO aufnehmen. Um 10 Uhr ist die Betriebsleitung durch Spitzel davon unterrichtet. Sie wird den Mann bei nächster Gelegenheit zu benachteiligen wissen. Riskiert er, für seine Gesinnung einzutreten, so fliegt er. Die vielen rausgeworfenen RGO-Vertreter bestätigen das.

Das Spitzelsystem ist nach Angaben von Freigewerkschaftlern, von RGO-Kollegen und von christlichen Arbeitern außerordentlich stark verbreitet. „Wir vertrauen uns nicht mehr, über Arbeitsverhältnisse oder Beamte oder Politik im Betrieb zu sprechen. Der Kollege, der gestern noch mit dir darüber unzufrieden tat, kann dich heute schon verraten, und du spürst die Macht der Unternehmer.“ Wenn es auch nicht offen heraus ist, daß der Betrieb eigene Spitzel hält, so steht jedenfalls fest, daß er dieses Spitzelwesen begünstigt.

Von den Feierschichten, die zweimal wöchentlich stattfinden, werden ausschließlich Freigewerkschaftler, RGO-Kollegen und Christliche betroffen, während Nazis und Stahlhelmer durcharbeiten. „Ich habe“, so erzählte ein Kollege, „einmal während einer Feierschicht arbeiten müssen. Da konnte ich feststellen, daß alle Stahlhelmer und Nazis ebenfalls arbeiteten.“ Mehrfach wurde mir berichtet, daß

Stahlhelmer und Nazis in weniger Schichten bedeutend mehr verdienen als andere Kollegen, die voll arbeiten.

Sie werden vom Betrieb begünstigt, weil sie die Einigkeit der Arbeiter untergraben, die Arbeiter bespitzeln und der Betriebssicherheit dienen. Die Steiger, so berichteten die Kollegen, würden immer anmaßender, sie schimpften die Kollegen aus, ohne daß diese sich dagegen wehren könnten. Denn man sei den Steigern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, weil sie die Gedinge verteilen und so die Verdienste der Einzelnen in der Hand haben.

Die Betriebsvertretung könne nichts dagegen tun, sie sei machtlos. Trotzdem setzte die RGO sich dagegen ein. So kommt es, daß RGO-Vertreter kaum länger als ein Vierteljahr als Betriebsräte fungieren. Bei irgendeiner Gelegenheit verlieren sie die Arbeit. Die BAV-Vertreter — der eine ist bereits neun Jahre Betriebsrat — halten sich unter diesen Umständen nur deshalb so lange, weil sie sich niemals ernsthaft gegen die Betriebsleitung einsetzen. Täten sie das, so würden sie ebenfalls fliegen.

„Du siehst also, Kollege, daß heute die Betriebsräte überhaupt keinen Einfluß mehr haben. Sie sind für die Betriebsleitung wie Karnevalsfiguren.“

So sprechen auch Freigewerkschaftler.

Ein BAV-Vertrauensmann andererseits sagte: Die RGO-Vertreter seien praktisch überhaupt nicht geschult. „Radikal“ polterten sie unüberlegt, überträten ihre Zuständigkeit und flüchten dann heraus. So hätten sie praktisch keine Erfolge. Das stimmt in der Tat; RGO-Kollegen und Christliche bestätigen es. Daher auch das geringe Echo auf sämtliche Streikaufrufe der RGO.

Was tun die Freigewerkschafter, um Leistungen an die Stelle solcher Stümper zu setzen? Der BAV-Vertrauensmann erzählte, daß man jetzt den RGO-Leuten einmal die Gelegenheit gegeben habe, zu zeigen, was sie könnten. Man habe ihnen die Funktionen des ersten Vorsitzenden und des ersten Schriftführers gegeben, so daß sie die Verantwortung für die Betriebsvertretung jetzt allein zu tragen hätten. „Nun werden wir ja sehen, was sie fertig kriegen. Sie werden alles kaputt schlagen.“ So und ähnlich lauten Äußerungen von BAV-Anhängern. Die BAV-Kollegen warten also tatsächlich darauf, daß sich das Blatt wieder zu ihren Gunsten ändert, wenn die RGO abgewirtschaftet hat. Im Wartenden erschöpft sich ihre „Arbeit“. Da sie selber aber nichts tun, wirtschaftet die RGO noch längst nicht ab, wie die Wahlen zeigen. Aber

ein neuer Feind ist auf dem Plan, der aus dem Streit der beiden seine Profite zieht. Die Nazis

haben bei dieser Wahl einen eigenen Kandidaten durchgedrückt. In der Diskussion hierüber gibt eine Partei der anderen hierfür die Schuld, keiner sucht Fehler bei sich. Ein alter Kollege erzählt, daß

der ganze Pütt „Eschweiler Reserve“ früher einmal vollständig organisiert war. Da hätte es noch Streiks von drei und fünf Wochen gegeben.

Aber die Führung hat es damals unterlassen, für den ganzen Bergbau einheitliche Parolen auszugeben. So kam es, daß im Wurmgebiet gestreikt wurde, während die Kumpels im Ruhrgebiet arbeiteten, und umgekehrt. Die einen verdienten am Kampf der anderen. „So haben wir uns in Teilkämpfen verzettelt, bis die Bergherren uns klein gekriegt haben.“

Jetzt ist die RGO die einzige Organisation, die zu Streiks auffordert, sie hat aber kein Geld zu irgendwelchen Unterstützungen. Im Oktober 1931 folgten ihr zunächst etwa 200 Arbeiter. Doch schon am zweiten Tage war alles zusammengebrochen. Heute ist ein großer Teil unorganisiert und läßt sich von den anderen durchschleppen.

Englands Antwort an Irland.

Anerkennung eines Schiedsgerichts.

Das Unterhaus nahm am Mittwochabend das Gesetz zur Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren in zweiter Lesung mit 321 gegen 41 Stimmen an. Der Minister für die Dominien teilte mit, daß die englische Antwortnote an de Valera in der Schiedsgerichtsfrage abgegangen sei. Die englische Note enthalte im Interesse des Friedens zwei wichtige Zugeständnisse:

1. die englische Regierung sieht mit Interesse jedem Vorschlag de Valeras über die Gestaltung des Schiedsgerichts entgegen, jedoch unter der endgültigen Voraussetzung, daß dieses nur aus Mitgliedern des englischen Weltreichs besteht,

2. England erklärt sich bereit, auch über sämtliche übrigen von Irland bestrittenen Jahreszahlungen an England das Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

Thomas erklärte anschließend, daß diese beiden Dinge die äußerste Grenze bedeuteten, bis zu der die englische Regierung gehen könne.

Günstige Wendung in der französischen Haushaltsdebatte.

k Paris, 7. Juli.

Der Finanzausschuß der Kammer beginnt am heutigen Donnerstag die zweite Lesung des Finanzprogramms, das am Montag in der Kammer beraten werden soll. Haushaltsminister Palmade hat inzwischen grundlegende Änderungen vorgenommen, die den Wünschen des Ausschusses gerecht werden, insbesondere in bezug auf die Einführung neuer Steuern habe man den Forderungen der Sozialisten und Radikalsocialisten weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß der Ausschuß der Annahme ernster Schwierigkeiten bereiten werde.

Amerika resigniert.

Auch in den USA, in denen das Interesse an schnell gewonnene Ergebnisse der Abrüstungskonferenz wegen der bevorstehenden Präsidentenwahlen bisher noch am stärksten verfochten wurde, hat man die Hoffnung auf ein baldiges Vorwärtkommen aufgegeben. Das Staatsdepartement sieht keinen Weg mehr, die Verwirklichung des Hoover-Plans in den bevorstehenden Verhandlungen durchzusetzen, und hat sich daher entschlossen, den Vertragsplänen der europäischen Staaten zuzustimmen.

Rumänien — Polen — Sowjetunion.

o Warschau, 7. Juli.

Wie der „Krakauer Illustrierte Kurier“ mitteilt, war der neuernannte rumänische Gesandte in Warschau, Cadare, bei Pilsudski zu einer längeren Besprechung. Cadare soll Pilsudski gegenüber erklärt haben, daß die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Sowjetrußland von Bukarest zweifellos ungünstig aufgenommen werden würde. Auf diese Vorstellungen des rumänischen Gesandten hin seien die Genfer Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland zunächst vertagt worden.

Alte BAV-Anhänger wenden ihrer Organisation den Rücken, weil sie nicht einsehen, wofür sie noch Beiträge an den BAV zahlen sollen.

Wohin das alles führen wird, ist mit schrecklicher Deutlichkeit abzusehen. Der Gegner ist nicht untätig. Stahlhelmer und Nazis werden in jeder Weise begünstigt, während die anderen benachteiligt werden. Schon sind ehemalige BAV- und auch ehemalige RGO-Anhänger zu den Rechten übergelaufen, um in den Genuß von deren Vergünstigungen zu kommen.

Wenn die Gewerkschaftsarbeiter sich nicht endlich gegen diesen Einbruch in ihre Reihen organisatorisch wieder zusammenfinden, werden sie unweigerlich vom Gegner langsam aber sicher zermahlen.

Herriot und Papan verhandeln vertraulich.

Auf den Wunsch Mac Donalds, oder, wie es zum Teil heißt, auf die Initiative Herriots hin, hat sich der Reichskanzler Papan am Donnerstag früh in das Hotel zu Herriot begeben. Seine Begleiter blieben draußen, um eine völlig vertrauliche Aussprache zwischen Papan und Herriot zu ermöglichen. Es geht um die endgültige Formulierung für die Erklärung der Mächte über die Beseitigung des Teils VIII des Versailler Vertrages. Die französische Abordnung soll einen Entwurf ausgearbeitet haben, der eine Sprache führt, die beiden Verhandlern die Zustimmung ermöglichen soll. Ferner wird danach gesucht, für die Frage der Abrüstung eine Formel zu finden, die ebenfalls die noch bestehenden Widerstände ausschaltet. Man spricht „vom internationalen Gleichgewicht der Staaten“, zu dessen Herbeiführung ein Pakt zustande kommen soll. Die Sprachgeschicklichkeit hat das Wort.

China will verhandeln.

Nach einer halbamtlichen chinesischen Meldung haben eine Reihe chinesischer Generäle, unter ihnen Tschiang Kai Schek, beschlossen, Verhandlungen mit Japan über die mandchurische Frage einzuleiten. Die Vermittlung des Völkerbundes wird dabei nicht gewünscht.

Die Nanking-Regierung hat aus Rußland die Nachricht erhalten, daß das Außenkommissariat der Sowjet-Union bereit sei, mit China die diplomatischen Beziehungen wieder herzustellen und die Verhandlungen wegen des russisch-chinesischen Nichtangriffspaktes aufzunehmen.

Der Streit um die Eisberge.

Norwegen und Dänemark streiten schon seit langem um den „Besitz“ von Grönland. Das Haager Schiedsgericht beschäftigt sich mit der Angelegenheit. Nun hat sich die Lage plötzlich verschärft: Die dänische Regierung hat den dänischen Grönlandsexpeditionen Polizeigewalt eingeräumt, woraufhin die norwegische Regierung sofort eine geharnischte Protestnote in Kopenhagen hat überreichen lassen, die voraussichtlich, wie von den dänischen Behörden angeblich geplant wird, unbeantwortet bleiben soll.

Solche Zwistigkeiten sind typische Kennzeichen imperialistischer Staaten, für die jede Ausdehnung ihres Gebiets zu einer Macht- und Besitzfrage wird, selbst wenn es sich um das vereiste, nur dünn von Eisbären und Eskimos bevölkerte Grönland handelt. Für rechtliche Staaten würde die Übernahme der Verwaltung eines solchen Landes nur die Mehrbelastung mit Verantwortung und Arbeit bedeuten; für sie würde die Zweckmäßigkeitfrage, welcher Staat diese Arbeit am besten und einfachsten leisten kann, an die Stelle des politischen Machtkampfes um die Annektion einer neuen Kolonie treten. Selbst der Kampf um Fischereirechte kann diesen Standpunkt nicht verändern. Denn das Meer ist groß und das Fischen mit seinem hemmungslosen Tiermord eine Beschäftigung, zu der Rechtsstaaten auch ein anderes Verhältnis einnehmen würden als diese beiden Konkurrenzräuber.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Ist auch wichtig; wenn sie die nur selbst durchsetzen würden und nicht alles von den Gewerkschaftsbonzen erwarteten!“

„Zum Streiken bringen wir die nicht, überhaupt, wenn es auch noch gegen die Bonzen gehen muß. Und für politische Forderungen bringen wir die erst recht nicht in Bewegung!“

Die beiden, der Maschinist Sült und der Schlaackenzieher Primelsack, treten an die große Gruppe in der Mitte heran, die über die Kriegspolitik der beiden sozialdemokratischen Parteien disputiert und in ihren gegenseitigen Angriffen immer heftiger wird.

„Was habt ihr — die Versammlungsfreiheit durchgesetzt? Dir haben so woll mit der Muffe gebufft. Hättet mal die Blauen sehen sollen, wie die mit ihren Plumpen dazwischen gehauen haben!“

„Vier Versammlungen haben sie wieder gesprengt!“

„Ja, wenn die Zersplitterung nicht wäre . . .“

„Dann wäre noch ein Bonze mehr Minister geworden!“

„Und hätte dem Kaiser die Hand drücken dürfen, wie Schoidemann“, ergänzt Primelsack.

„Kollegen, laßt euch doch nicht verhetzen. Mit dem Kopf durch die Wand können die von der USP auch nicht. Alle zusammenhalten müssen wir und auf einen Wink von oben geschlossen losmarschieren.“

„Aber wenn der Wink von oben nicht kommt?“ fragt Sült.

„Der Kommt schon, bloß ruhig Blut behalten!“

„Wie lange denn — bis der letzte Mann im Schützengraben verreckt ist?“

„Wir müssen die Führer eben zwingen!“

Ein SPD-Mann übt sich in angelesenen großen Worten:

„Die alte Partei steht, wo sie immer gestanden hat, ein kraftvoller Vertreter unserer Interessen. Die Partei hat immer für uns gewirkt . . .“

„Verräter seid ihr!“

„Welche sind nun eigentlich die Verräter, die, wo drei-

mal oder die anderen, die fünfmal die Kredite bewilligt haben?“

„Neunmal meinst du wohl? Viermal hat der schon ver-gessen!“

Primelsack versucht einem Heizer klarzumachen, daß es gegen die Regierung und die mit ihr verbündeten Führer der SPD nur noch ein Mittel gibt. Und dieses Mittel seien Handgranaten.

Sült ist in die Maschinenhalle zurückgegangen. Auf der weiß ausgekachelten weiten Fläche stehen die Turbogeneratoren, die einen Teil des Berliner Stromnetzes mit Licht und Kraft versorgen — drei dunkle, gekrümmte Ungeheuer, die bis unter das Glasdach der Halle reichen. Die Schaufelräder an ihren eisernen Bäuchen werden von dem einströmenden Dampf in gleichmäßigen Tourenzahlen gedreht. Der Dampf wird Bewegung und Bewegung wird Elektrizität.

Sült holt einen Putzlappen aus der Tasche und wischt das Öl ab, das von einem Lager heruntergetropft ist. Die Maschinisten haben die Tourenzahlen, den Ölstand, die Temperatur der Generatoren zu überwachen und alle Stunden entsprechende Eintragungen in die Tabellen zu machen. Eingesponnen von dem hohen summenden Ton der Maschine bleibt Sült auf einem Fleck stehen. Hier werden seine Gedanken freier, das Gefühl der Ohnmacht, das ihn in unfruchtbaren Diskussionen mit seinen Kollegen und auch oft in politischen Zusammenkünften überfällt, wird er hier wieder los.

Die Arbeiterorganisationen haben versagt und sich sogar in ihr Gegenteil verkehrt. Die Gewerkschaften haben den Arbeitern das Streikrecht genommen. Und die in der Sozialdemokratischen Partei konzentrierte politische Macht hat dieselben Massen, die sie zu ihrer Befreiung geschaffen haben, hilflos der Ausbeutung und dem Schützengraben ausgeliefert.

Der Burgfrieden, das Hilfedenstpflichtgesetz, die politischen Streiks, allen voran der Berliner Metallarbeiterstreik im Januar 1918, haben gezeigt, auf welcher Seite die Führer stehen. Diener des kapitalistischen Staates sind sie geworden und haben die Aufgabe übernommen, die Arbeiter zu einem gut funktionierenden Teil des bestehenden Obrigkeitensystems zu machen.

Sült ist noch in der Partei, auch noch in der Gewerkschaft. Man muß bleiben, wo die Masse ist. Wer anders als

die Masse kann es machen? Nur die Führungsspitze ist verbont, und die muß weg! Streik: gegen den Krieg, gegen das System, gegen alle, die das System stützen! Er denkt an die Organisation der revolutionären Obloute, in die Primelsack ihn einführen will. Vertreter der verschiedensten sozialistischen Richtungen sitzen dort beieinander, dasselbe Ziel hat sie alle geübt — Sturz des Systems, das den Krieg heraufbeschworen hat! Und alle Mitglieder kommen aus den Betrieben. Sie haben es verstanden, ihre illegale Arbeit auch vor den „berufenen Führern“ geheimzuhalten! Allerdings ein paar tausend Pistolen und einige Dutzend Handgranaten genügen nicht. Die Massen müssen wir haben. Und die Macht der Massen liegt in ihrer Arbeitskraft und in den Maschinen, die sie bedienen!

Sült umfaßt mit einem Blick den mächtigen Bauch der Turbine, die in unaufhörlichen Umdrehungen blaufflimmernde Welle des Generators. Er fühlt in dem Metall die konzentrierten Kräfte der Heizer und die Arbeit einer Grube voller Kohlenkumpels vibrieren und lebendige Kraft werden.

Sült kennt jede technische Einzelheit des Elektrizitätswerkes, erkennt den Mechanismus der Schaltanlage und das verzweigte System des Kabelnetzes, das den Strom in die Fabriken Berlins leitet und die Maschinen treibt. Die Turbinen und Stromnetze der Elektrizitätswerke, die Maschinen, Drehbänke und Dampfhammer in den Fabriken: die Arbeitskraft, die alles treibt, ist die Grundlage des kapitalistischen Systems. Alles andere — Regierung, Parlament, Militärgewalt — sind politischer Ueberbau. Die Arbeiterschaft kann sich nur befreien, wenn sie dort anfängt, wo ihre vereinte Kraft wirksam ist — in den Betrieben. Die wirtschaftliche Macht ist der Hebel. Wenn wir den benutzen, bleiben die Städte ohne Licht, bleiben die Eisenbahnzüge auf den Strecken liegen, dann bekommt das Militär keine Munition mehr. Der Generalstreik drei Tage durchgehalten, und der ökonomische Kreislauf stockt, alle Generäle, Minister und Bonzen werden weich. Der Generalstreik acht Tage durchgehalten, und der ganze Ueberbau bricht zusammen, die politischen Herren stürzen. Dann haben wir die Macht, dann können wir die Produktion bestimmen und umstellen auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Gesellschaft! Die wirtschaftliche Macht ist der Hebel. Wenn wir den herumreißen . . .

(Fortsetzung folgt.)

Die Rote Gewerkschafts-Internationale über ihre Arbeit.

Im „Funken“, Nr. 127, gaben wir ein ausführliches Urteil des Kommunisten Florin wieder, des Leiters der RGO Rheinland-Ruhrgebiet. Er hatte zusammenfassend gesagt: „Wir stecken wirklich in den Anfängen.“ Daß dieses Urteil nicht nur für die deutschen Verhältnisse zutrifft, sondern auch auf die gesamte Arbeit der RGI, davon zeugt der Bericht von der VIII. Session des Zentralrats der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI).

Wir bringen zunächst eine Mitgliederstatistik der RGI.

Die Zahlen der ersten Spalte sind der „Internationalen Gewerkschaftsbewegung“, Nr. 4, Jahrgang 1929, entnommen, die der zweiten und dritten Spalte der „Roten Gewerkschaftsinternationale“, Nr. 1 bis 6, Jahrgang 1932. Sämtliche Zahlen beruhen auf kommunistischen Angaben. Diese Mitgliederstatistik ist nicht vollständig, da von einigen Landesorganisationen keine Angaben zu erhalten waren.

Sektion	1. Januar 1928	Mitte 1930	Dez. 1931
USSR	10 248 000	12 065 000	15 000 000
Deutschland	42 568	100 000	300 000
Frankreich	525 000*	400 000	300 000
Tschechoslowakei	196 509	60 000	80 000
England	—	—	2 000
USA	—	13 000	50 000
Bulgarien	35 000*	—	8 500
Schweiz	—	—	6 500
Oesterreich	—	—	3 200
Australien (Der Eisenbahnerverband schloß sich Dezember 1931 der RGI an)	—	—	51 000
China	2 800 000	—	800 000
Japan	11 000*	3 000	15 000
Indochina	—	6 000	1 200
Südafrika	—	—	5 000
Spanien	1 000	—	125 000
Schweden (nur Seemannsverband)	—	—	900
Zusammen	13 859 095	12 647 000	16 751 300
Ohne USSR	3 611 095	582 000	1 751 300

Die RGI hat also nach dieser Tabelle in 15 Ländern — ohne Rußland — nur 1 751 300 Mitglieder im Dezember 1931 gehabt. D. h.: der Einbruch der Kommunisten in die „reformistische“ Gewerkschaftsfront ist verschwindend klein! Allein der ADGB mit seinen 4,7 — jetzt etwa 4,2 Millionen Mitgliedern — ist über 2½mal größer als die rote Gewerkschaftsbewegung in 15 Ländern! Die RGO und die roten Verbände Deutschlands zählten Ende 1931 300 000 Mitglieder; das sind 7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder des ADGB.

Der Stand der Arbeit in den Betrieben.

Konstanjan stellt in seinem Referat auf der VIII. Tagung des Zentralrats der Roten Gewerkschaftsinternationale im Dezember 1931 fest, daß der 5. Kongreß der RGI „den alten Sektoren“ der RGI zur „Aufgabe“ gemacht (hat), das Schwergewicht der gesamten Arbeit in die Betriebe zu verlegen. Wie wurde diese Direktive in den wichtigsten Sektionen der RGI in die Tat umgesetzt? „Den größten Erfolg auf diesem Gebiet haben wir in Deutschland zu verzeichnen.“ „Vom Vorgang des Eindringens der RGO in neue Betriebe und der Organisation von Gruppen und Sektionen in denselben verschaffen folgende Zahlenangaben eine Vorstellung: Um die Zeit des 5. RGI-Kongresses besaß die RGO etwa 50 Gruppen in Deutschland. Am 1. Februar 1931 waren es 1021, am 15. April 1874, am 15. Juni 3550, am 1. August 3693 und gegenwärtig bereits über 4000.“

Die „Größe“ dieses Erfolges erkennt man, wenn man erfährt, daß es in Deutschland 191 211 Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern gibt (Betriebsstatistik von 1925).

Ueber Frankreich sagt Konstanjan:

„In Paris gibt es 583 größere und kleinere Metallfabriken, in denen 383 000 Arbeiter beschäftigt sind. In denselben besitzen wir jedoch insgesamt nur 20 Sektionen mit 3000 Mitgliedern. Ferner besitzt Frankreich 101 chemische Großbetriebe . . . unsere Chemiarbeiterföderation hat Betriebssektionen nur in dreizehn von ihnen geschaffen. Von den 128 größeren Hüttenwerken besitzen wir Betriebssektionen

*) Stand am 1. Januar 1925.

nur in 10 Werken. Im nördlichen Textilbezirk sind 700 Betriebe vorhanden; wir besitzen Sektionen nur in 13 Betrieben. Aus den Berichten ist zu ersehen, daß die Zahl der Sektionen gegenüber dem Vorjahr nicht zugenommen, sondern abgenommen hat.“ („Die Rote Gewerkschaftsinternationale“, Seite 198. Die folgenden Zitate sind ebenfalls dieser Zeitschrift entnommen.)

„In der Tschechoslowakei gibt es 10 900 Kleinbetriebe, in denen unter 100 Arbeiter beschäftigt sind und in keinem einzigen dieser Betriebe besitzen wir Verbandssektionen.“ Konstanjan schließt seinen Bericht über die Tschechoslowakei: „Es ist jedoch zu sagen, daß unser Gewicht in der Arbeitermasse im Betrieb nicht groß ist.“

„Beinahe hätte ich England vergessen. Das kam wohl offensichtlich daher, weil es dort Gruppen in den Betrieben fast nicht gibt und nicht gab, so daß ich darüber nichts zu sagen hatte . . . Wenn ich mich nicht irre, so gibt es in Sheffield 11 Mitglieder der Minderheitsbewegung (englische Sektion der RGI, K.), von denen beinahe 5 Mitglieder des Exekutivkomitees der Minderheitsbewegung sind. Aber weder die einfachen Mitglieder noch sogar die Mitglieder des Exekutivkomitees zahlen Mitgliedsbeiträge, veranstalten Versammlungen und besitzen irgendeine Organisation in den Betrieben.“

Welche Fehler sind gemacht worden?

A. Losowsky (USSR): „Wir betreiben keine tägliche Arbeit. Wir sind nicht tätig auf dem Gebiet der Kultur- und Bildungsarbeit, wir befassen uns nicht mit der Erziehung der Mitgliedermassen, wir pflegen nicht ihre materiellen Interessen u. s. w.“

„Die Arbeitermassen sind bestrebt, zur Abwehr der Offensive des Kapitalismus die Einheitsfront herbeizuführen. . . In Frankreich hatten wir den richtigen Augenblick verpaßt und die Initiative unseren Händen entgleiten lassen; unsere Gegner haben sie in die Hand genommen.“

Raynard (Frankreich): „Der. (rote) Bauarbeiterverband hat durch den mißlungenen Streik der Stein- und Zementarbeiter im März 1930 im großen und ganzen 48 Proz. seiner Mitglieder verloren.“

„Im Metallarbeiterverband machte sich die sektiererische Politik besonders stark geltend.“

Streikbeschlüsse wurden durch kleine Gruppen angenommen, und hinterher versuchte man, (mit „man“ sind hier die Funktionäre der RGO gemeint), den Arbeitern diese Beschlüsse durch alle möglichen mechanischen Methoden aufzuzwingen. Manchmal gelingt es, für ein bis zwei Tage einen Streik aufzunehmen, dann erfolgt die . . . erbärmlichste Niederlage.

Wenn heute ein Funktionär des (roten) Metallarbeiterverbandes in einem Betrieb erscheint, sieht man ihn als Mensch an, der ohne Vorbereitung und ohne genügende Veranlassung einen Streik auslösen will. . . Die mechanische Politisierung der Streikkämpfe hat unseren Gegnern Anlaß gegeben, den Metallarbeiterverband als kommunistischen Verband hinzustellen, der „Streikkultus“ treibt.“

Allan (England): „Nie sind wir zu den Arbeitern gekommen, nie haben wir uns bemüht zu erfahren, wofür sie sich interessieren,

nie haben wir versucht, von ihnen ein Forderungsprogramm zu bekommen. . . Gewöhnlich haben wir von der Zentrale aus Forderungen aufgestellt. Mit diesen Forderungen kamen unsere Organisatoren zu den Arbeitern, und wenn die Arbeiter diesen Forderungen nicht zustimmen wollten, haben wir ihnen gesagt: Ihr seid eine Bande von Reaktionären.“

„Innerhalb der Einheitsfrontorgane macht sich die Tendenz geltend, mit den Arbeitern heranzukommandieren.“

Konstanja (USSR): „Kommt zu einem Arbeiter ein 18-jähriger Jüngling aus dem kommunistischen Jugendverband und sagt: ‚Komm mal streiken!‘, so wird der Arbeiter nicht mit ihm gehen, denn er ist ja ein Arbeiter. Er tritt an die Frage vom wirtschaftlichen Standpunkt heran, er geht nicht Hals über Kopf vor, er schaut sich um, er überlegt, er wägt alle Umstände ab. Bei uns (soll heißen: in der kom-

munistischen Gewerkschaftsarbeit in allen Ländern) dagegen handelt man anders. Es kommt ein Mann in die Fabrik und sagte:

„Ich bin Mitglied der Partei, . . . hier gibt es 20 Leute, die seit gestern Mitglieder der Partei sind, und eine RGO, und ich sage euch, daß ein Streik notwendig ist. Ihr schwankt? Nun, hol euch der Teufel!“

Was ist das für eine Einstellung? Einerseits die Unfähigkeit, an die reformistischen Arbeiter heranzutreten, andererseits kopflose, bisweilen leichtsinnige Streiks. Streiks ohne die Massen, Streiks von einigen Genossen, die sich vorstürzen, die Massen beiseite lassen, dabei ist die Avantgarde den Angriffen ausgesetzt, dabei ist sie von der Masse isoliert.“

Die Stellung der RGI zu den Freien Gewerkschaften.

Losowsky: „Wir raten zu dem Zweck, in die reformistischen Gewerkschaften zu gehen, um die Arbeiterschaft von dem reformistischen streikbrecherischen Gewerkschaftsapparat loszureißen, um gegen diesen Apparat eine Revolte der Arbeiterschaft zu erregen, um gegen die Unternehmer und entgegen diesem Apparat Streiks zu organisieren, um die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe gegen den Staat und gegen diesen Apparat zu leiten. Wer in den Gewerkschaften nicht zu diesem Zweck wirken will, der hat mit der Linie der Komintern und der RGI nichts zu tun.“

„In meiner Rede hatte ich gesagt, daß dort, wo die reformistischen Gewerkschaften stark sind, das Ausmaß der Streikbewegung unter sonst gleichen Bedingungen ein schwächeres ist.“

Genosse Heckert hielt es für notwendig, gegen diese Formulierung Einspruch zu erheben. Er formulierte seine Ansicht folgendermaßen: „Führt man diesen Gedanken bis zu seinem logischen Ende durch, so wird das bedeuten, daß wir die Gewerkschaften zerschlagen müssen, um sie zu schwächen, erst dann würden wir zu Kämpfen kommen. Aber einen solchen Schluß dürfen wir nicht ziehen, er würde eine falsche Schlußfolgerung sein.“

Somit will Genosse Heckert nicht, daß die reformistischen Gewerkschaften schwach werden. Worin besteht denn unsere Aufgabe? Die reformistischen Gewerkschaften zu kräftigen oder sie zu schwächen? Wohl doch, sie zu schwächen, denn je stärker die reformistischen Gewerkschaften sind, desto stärker ist der Kapitalismus. Das ist doch eine Binsenwahrheit! (Zuruf von Heckert: Ja, das ist eine Binsenwahrheit!) Gerade deswegen, weil das eine Binsenwahrheit ist, hat Genosse Heckert unrecht. Stimmt diese Binsenwahrheit, daß je stärker die reformistischen Gewerkschaften sind, desto stärker der Kapitalismus ist, so ist auch das Umgekehrte richtig, nämlich je schwächer diese Gewerkschaften sind, desto schwächer der Kapitalismus. Warum sagt ihr nun, man könne aus meiner ausgesprochenen Ansicht den falschen Schluß ziehen, daß man die Gewerkschaften schwächen müsse? Als ihr die RGO ins Leben riefet, habt ihr da die Gewerkschaften gestärkt? Wollt ihr sie etwa stärken? Mitnichten! Solange wir sie in den Augen der Massen nicht diskreditieren und sie nicht schwächen, solange wir ihre Disziplin nicht untergraben, solange wir den Gewerkschaftsapparat nicht zertrümmern, werden sie einen Teil der Arbeiterschaft auf ihre Seite ziehen, die Kämpfe der Arbeiterklasse, die wirtschaftlichen wie die politischen, abwürgen. An allen Straßenecken zu schreien: „Zerstört die Gewerkschaften“, wie man dies in Deutschland tat, braucht man nicht.

Daß wir aber den Einfluß der reformistischen Gewerkschaften untergraben, sie schwächen, die Disziplin sprengen, die Arbeiter von ihnen loslösen, den Gewerkschaftsapparat zerschlagen wollen, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen.“

Daß nach diesem erbärmlichen Bild von den Zielen und Ergebnissen kommunistischer Gewerkschaftspolitik auch für jeden kommunistischen Arbeiter die schleunigste Liquidierung der RGO-Politik eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist nicht zu leugnen. Erhard Konopka.

Käthe Kollwitz zum 65. Geburtstag.

Ill. Käthe Kollwitz' ganzes Werk ist ein Bekenntnis zur Solidarität mit den Leidenden, vor allem mit den unter Unrecht Leidenden. Deswegen

grüßen heute Millionen von Genossen sie mit dem Wunsch, daß sie noch viele Jahre die Kraft des künstlerischen Ausdrucks haben möge, über die sie heute, nach mehr als vier Jahrzehnten künstlerischer Arbeit, verfügt.

Aus ihren frühen Hauptwerken, den Radierungen zum Weberaufstand und zum Bauernkrieg, gellen Schreie aufgeweichter Empörung. Im Gegensatz dazu ist es die verhaltene Kraft, die ihren neueren Werken, besonders den beiden Plastiken für den flandrischen Soldatenfriedhof, die Wucht gibt.

Diese Wucht beruht mit auf der Zurückhaltung, mit der Käthe Kollwitz hier spricht. Während die genannten frühen Werke etwa Menschen darstellen, die zum Aufstand schreiten, enthalten die neuen Plastiken: „Die Mutter“ und „Der Vater“ nichts als die Darstellung des Leids, das den beiden Menschen durch den Krieg zugefügt worden ist; eine Darstellung von tiefer, aus Güte entspringender Empfindung und von großer Einfachheit des Ausdrucks. Aber diese beiden Granite enthalten keine Andeutung einer Stellungnahme zu der Tatsache, daß durch menschliche Schuld Menschen solches Leid zugefügt wird. Da knien die beiden Eltern und müssen, jeder auf seine Weise, mit ihrem Schmerz über den gefallenen Sohn fertig werden. Mehr sehen wir nicht; und so wird uns die innere Aktivität des eigenen Stellungnehmens zugemutet; die

Arbeit des Stellungnehmens wird uns nicht abgenommen. Auf dieser Zurückhaltung beruht die Wucht, mit der viele neuere Werke von Käthe Kollwitz über ihr altes Thema: Leiden unter Unrecht, reden.

Diese Zurückhaltung hat nichts gemein mit jener „Abgeklärtheit“, die dem Stellungnehmen ausweicht. Ja, sie kommt mit am stärksten da zum Ausdruck, wo ausgesprocheneremaßen die Absicht vorliegt, zum Stellungnehmen herauszufordern: in Käthe Kollwitz' Plakatkunst. Sie hat z. B. ein Plakat gezeichnet: „Deutschlands Kinder hungern“: vier Kinder mit hingehaltenen Eßnapfen. Man könnte vermuten: aus den Gesichtern sprächen vor allem die hungrigen Mäuler. Nein, die Augen sprechen — weit geöffnete, flehende, unschuldige, besetzte Kinderaugen.

„So etwas gibt es? Und du — was tust du dazu?“ — Das ist die Wirkung von Käthe Kollwitz' Kunst.

Sie würde mit diesem Ernst nicht wirken können, ohne selber eine Stellung bezogen zu haben. Ihre Stellung ist bekannt. Jetzt erst stand ihr Name unter dem „Dringenden Appell“ zum Zusammengehen der Arbeiterparteien im Wahlkampf.

Daß die Genossin Käthe Kollwitz heute keine Parteil Stellung bezogen hat, mindestens als Parteilgenossin nicht hervortritt, wirft — bei der Reinheit und Unbekümmertheit dieses Charakters — ein Schlaglicht auf unser Parteilwesen, auf das Problem: Parteilpolitik und Charaktere.

Kinderlogik.

Ich fahre mit meinem Kind am Grüngürtel der Stadt Köln vorbei. „Ist das der Grüngürtel, Hans?“ „Ja.“ „Im Winter, wenn Schnee liegt, ist es der Weißgürtel!“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg-Altona: Freitag, 8. Juli, 20.15 Uhr, im kl. Saal bei Wachtmann, Große Freiheit 66/68. Thema: Die Naziherrschafft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschw.). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 9. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Beim alten Schützenhof 4. Thema: Die Naziherrschafft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Internationale Kundgebung gegen Krieg und Reaktion in Köln.

Es sprechen: Minna Specht, Berlin; René Bertholet, Paris; Allan Flanders, London. Am Sonnabend, dem 9. Juli 1932, in der Rheinlandloge, Cäcilienstraße. Eintritt 30 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Beginn 20.15 Uhr.

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 8. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: „Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Schafft die Einheitsfront!

Immer neue Rufe.

O. L. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Bochum, wurde am 2. Juli 1932 nach einer eingehenden Aussprache über die Notwendigkeit der Einheitsfront die Entschloßung, wie sie Vorstand und Funktionäre des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Bremen, am 28. Juni 1932 gefaßt haben, ebenfalls angenommen. Die Annahme erfolgte einstimmig.

Hiernach fordern die Mitglieder der Ortsgruppe Bochum des Deutschen Freidenker-Verbandes „vom Hauptvorstand ihrer Organisation, daß er sich sofort mit dem ADGB in Verbindung setzt, um gemeinsam mit ihm an der Schaffung der notwendigen Einheitsfront der gesamten Arbeiterbewegung zu arbeiten.“

In diesen Stunden, in denen es um den Fortbestand der Arbeiterbewegung geht, ist schnelles Handeln erforderlich. Es gilt einen kühnen Schritt vorwärts zu tun, um der durch den Bruderkampf zermürbten Arbeiterschaft neuen Antrieb zu geben. Die bevorstehende Reichstagswahl ist dafür eine Gelegenheit.

Die Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks SPD—KPD wäre der entschlossene Schritt zur Begegnung, auf den Millionen Arbeiter warten.

Er würde die Begeisterungswelle in der Arbeiterschaft schaffen, an der alle faschistischen Angriffe zerschellen werden.

Der Deutsche Freidenker-Verband und die Freien Gewerkschaften — die großen überparteilichen Organisationen der Arbeiterbewegung — müssen sofort daran gehen, eine Plattform auszuarbeiten, auf der eine Einigung der Parteien möglich ist. Sie müssen die Macht ihrer Organisationen dafür einsetzen, die Parteien zu einer Verständigung zu bringen. Das ist der Wille . . . Millionen klassenbewußter Proletarier.“

Wie lange noch?

Am 5. Juli 1932 veranstaltete der ISK in Bochum eine Versammlung, in der Gen. Probst (Braunschweig) an Hand einer Fülle von Tatsachen die Willkürherrschaft der Nazis im Lande Braunschweig zeigte. Schule, innere Verwaltung und Polizei sind in den Händen der Nazis, die ihre Macht rücksichtslos gebrauchen. Alle linken, freiheitlichen Bestrebungen werden unterdrückt. Besonders scharf ist der Kampf der Regierung gegen die weltlichen Schulen und die dissidentischen Lehrer, von denen bereits ein großer Teil abgebaut worden ist. Unter dem Druck der faschistischen Regierung sind dissidentische Lehrer in die Kirche wieder eingetreten; viele Lehrer, die früher den Arbeiterparteien angehörten, haben diese verlassen; viele Lehrer sind Mitglieder der NSDAP geworden.

Das Leben auf den Straßen wird von den Braunhemden beherrscht, die von einer faschisierten Polizei noch unterstützt werden. Oft werden Arbeiter, die ruhig vor ihren Häusern stehen, von der Polizei mit Gummiknüppeln in die Häuser getrieben, oft werden sie — wenn sie gegen Naziüberfälle polizeilichen Schutz verlangen — als diejenigen verhaftet und mißhandelt, die angeblich die Nazis überfallen haben. Der Arbeiter ist heute rechtlos in Braunschweig.

Wie lange noch wird es dauern, bis diese Zustände im ganzen Reich herrschen?

Wenn die Arbeiterparteien sich nicht einigen, herrscht der offene Faschismus in wenigen Wochen in Deutschland. Wie lange wollen die Führer noch zögern? O. L.

Start der Einheitsfronten.

T. H. Kassel, 7. Juli.

Am Dienstag und Mittwoch haben die „Rote Front“ der KP und die „Eiserne Front“ der SP ihre ersten Aufmärsche für die bevorstehende Wahl gemacht. An der Demonstration der KP beteiligten sich etwa 800 Genossen, bei dem ersten

KP-Umzug vor der Präsidentenwahl brachten die Kommunisten noch die doppelte Anzahl von Arbeitern auf die Beine. Die „Eiserne Front“ hat diesmal ihre Teilnehmerziffer etwas verbessert, bei ihr marschierten 3100 Arbeiter, darunter etwa 600 Frauen. Stimmungsmäßig war die KP-Veranstaltung nicht anders als man es bei ihr gewohnt ist. Die Genossen haben Kampfbereitschaft und scheuen keine Gelegenheit, sie zu äußern.

Auch bei der „Eisernen Front“ war die Stimmung gut, besser als zur Zeit der Hindenburg-Wahl, wo jeder Beklemmung spürte. Jetzt kam noch hinzu, daß man seit Tagen in eingeweihten Kreisen der „Eisernen Front“ von den neuen Methoden und den neuen Propagandamitteln geflüstert hatte. Man hatte sich diesmal anscheinend einen guten Reklame-techniker verschrieben, der eine große Anzahl wirksamer Transparente in einheitlicher Form angefertigt hatte. Die aufgeschriebenen Parolen waren im allgemeinen gut, was man übrigens auch von den Transparenten der kommunistischen Demonstration von Vortage sagen kann. Schon der Aufruf der „Eisernen Front“ zur Demonstration war auf Kampf abgestellt, der Inhalt der Transparente und die von der Leitung gegebenen Instruktionen lagen offenbar auf derselben Linie. Die Folge war wie immer bei solchen Vorbereitungen, eine gute Kampfstimmung bei den Teilnehmern.

In beiden Kundgebungen wurde für die eigene Front der Veranstalter geworben. Dabei enthielt man sich der offenen Propaganda für die eigene Partei. Jeder konnte aber merken, daß der neue Name im Grunde genommen nur die alte Partei verdecken soll. Was sagte der KP-Redner? Außer der Aufforderung, in der antifaschistischen Aktion gegen den Faschismus zu kämpfen, richtete der Redner an die „Reichsbanner“-Kameraden die Mahnung, endlich von dem Wahn abzukommen, daß der Sozialismus auf dem Wege der Klassenharmonie zu erreichen sei.

Die „Eiserne Front“ hatte sich den Reichstagsabgeordneten Stellung kommen lassen. Er meinte, der Kapitalismus habe abgewirtschaftet, wir sähen schon die freie Bahn für den Sozialismus und das Entstehen der neuen sozialistischen Welt, — schmeichelnd zu den Versammlungsbesuchern: die Demonstration, die Beteiligung von Jung und Alt und die von Begeisterung leuchtenden Augen seien ein Zeugnis dafür, daß der Kampfeswille der Demonstrationsteilnehmer nicht nur ein Lippenbekenntnis sei. Die gegenwärtige Situation wurde von Stellung als ein Zustand sozialer Revolution charakterisiert, in welchem eine Wahl nicht die Entscheidung brächte, in welchem die „Eiserne Front“, wenn sie vom Gegner dazu gezwungen würde, aber auch zum Kampf mit außerparlamentarischen Mitteln bereit sei. Also: Stellung läßt Adolf Hitler wieder mal den Vortritt. „Wir sind Sozialdemokraten“, sagte er, „und deshalb kämpfen wir für Freiheit, Volksrecht und die demokratische Republik.“

In dieser Frage, so fuhr er fort, bestehe die Einheitsfront der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gegen die Papen-Regierung und die Hitler-Partei. Daß in der Einheitsfront gegen diese Feinde die deutschen Kommunisten fehlen, wurde von Stellung weder bedauert noch überhaupt erwähnt.

Stellung schloß mit der pathetischen Erklärung: Die „Eiserne Front“ ist die Einheitsfront des Proletariats! Wir sagen: sie ist es nicht, die Einheitsfront muß erst geschaffen werden und in die wahre Einheitsfront des Proletariats gehören vor allen Dingen die links von der „Eisernen“ stehenden Klassenkämpfer.

Auch die „Rote Einheitsfront“ der Kommunisten ist nicht die Einheitsfront des Proletariats. Erst wenn der Parteipolsmus, der hinter diesen beiden Gebilden steckt, überwunden sein wird, kann die Einheitsfront im großen marschieren. In diesem Sinne muß man heute den bekannten Marx'schen Aufruf des „Kommunistischen Manifestes“ verändern:

Proletarische Einheitsfronten aller Schattierungen, vereinigt Euch!

Zum 31. Juli.

A. W. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands fordert in einem Flugblatt auf,

„die Parteien der Arbeiterschaft zu wählen, die soziales Verständnis für die Lage der Invaliden haben und die die Wahrheit gegen die Lüge vertreten“.

Der Aufruf zeigt die Bereitschaft des Zentralverbandes, die ihm zukommende parteipolitische Neutralität im Wahlkampf zu wahren. Wir begrüßen diesen Entschluß! Aber

Werbt für die Einheitsfront! Zeichnet Euch ein in die Sammelliste!

der Kampf gegen die parteipolitische Verhetzung muß viel weitergehen: Alle Organisationen, die Arbeiterinteressen zu verteidigen haben, sollten dafür eintreten, daß dem Vordringen des Faschismus, der den Angriff auf die Interessen und das Leben der Arbeiterschaft bereits unternommen hat, am 31. Juli

eine einzige, von KP und SP gemeinsam beschickte Arbeiterliste

entgegengestellt wird.

Hanswurstiade statt Politik.

W. L. Eine Aufforderung zur Bildung von Erwerbslosen-Ausschüssen hatte in Frankfurt/Main starken Widerhall gefunden, die erste Versammlung war außergewöhnlich gut besucht. Richtlinien für die nächsten Arbeiten wurden beschlossen. Zunächst reklamierte die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ nun diesen Erfolg für die KP. Da diese im übrigen aber nicht mit allem einverstanden war, was auf der Versammlung beschlossen worden war,

berief sie kurzerhand ihre Getreuen zu einer neuen Sitzung, erklärte hier das bisher Getane als zu Unrecht zustande gekommen, und ließ neue Richtlinien beschließen.

In beiden Richtlinien war vorgesehen, daß bei der Stadtverwaltung die Forderungen der Erwerbslosen vorgetragen werden sollten. Als nun die Vertreter des ursprünglich gebildeten Ausschusses beim Bürgermeister versprachen, kamen, noch während sie dort waren, die von der KP-Leitung neu bestimmten Vertreter ebenfalls an, um „im Namen der Frankfurter Erwerbslosen deren Forderungen vorzulegen“. So wurde eine Hanswurstiade, was zumindest ein kräftiger Protest hätte werden können. —

Der sechste Tote vom Essener Sportsonntag.

Joseph Brach aus Bünthe bei Hamm ist an den Folgen einer Schußverletzung, die ihm bei der Ruhr-Spartakiade am Sonntag beigebracht wurde, gestorben.

Der Lahusen-Prozeß beginnt noch nicht. Die Staatsanwaltschaft hat beschlossen, das Voruntersuchungsverfahren gegen G. Karl Lahusen und Heinz Lahusen noch einmal zu eröffnen. Die Gründe dafür sind noch nicht bekannt geworden.

„Deutsche Friedensgesellschaft, Berlin-Nordwest“

Montag, den 11. Juli 1932, 20.30 Uhr, Arminius-Festsäle, Bremer Str. 72/73 (Eingang durch das Restaurant), Dr. Dora Fabian spricht über: „Weltpolitische Gefahren und Reichstagswahl“. Gäste willkommen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichel, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlags-GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Auch im Sommer

sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohl-schmeckend und nahrhaft.
Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3,— M, frei Haus.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
III Tadelloser Sitz III
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. L.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telefon: 23 69 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 6. Juli: C. Th. Dreyer:

Die seltsamen Erlebnisse des David Gray (Vampir)

Anfangszeit: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Euro Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einzelnen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Mottelplatz 5471

Das Fiasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir soeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

VON LEONARD NELSON.

Dritte Auflage, 176 Seiten. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder besitzbesahle Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto: Berlin 818 42.

Die Drehscheibe macht ihre letzte Touren.

Das Ende der Deutschen Volkspartei.

Diese Partei, schon zu Stresemanns Lebzeiten als „Fraktion Drehscheibe“ gekennzeichnet, hat sich unter Dingeldey in einen ausschließlich nach opportunistischen Rücksichten dirigierten Interessentenhaufen verwandelt. Jetzt ist die Angst um die Mandate das Interesse, das Dingeldey veranlaßt hat, sich in Hugenburgs für die Deutsche Volkspartei wahrscheinlich tödliche Umarmung zu werfen.

Die höchste Stimmenzahl, die die DVP bei den Preußenwahlen in einem Wahlkreis erreichte, war etwa 21 000 (Wahlkreis Schleswig-Holstein). Die DVP hat also keine Aussicht, am 31. Juli in einem Wahlkreis die für ein Mandat erforderliche Stimmen-Mindestzahl von 60 000 zu gewinnen. Sie hat deswegen mit den Deutschnationalen eine gemeinsame Reichsliste vereinbart. Hugenberg hat der DVP acht Plätze auf seiner Reichsliste eingeräumt. Er hat sich dabei die Kandidaten angesehen, die die DVP für diese Plätze vorschlug. Den ehemaligen Finanzminister Moldenhauer z. B. hat er abgelehnt.

Einige zum sogenannten Gewerkschaftsflügel der DVP gehörige prominente Parteimitglieder sind nach dieser Kapitulation vor Hugenberg ausgetreten.

Neue Anbliederung des Zentrums bei den Nazis.

Um Otto Brauns Immunität.

Die Nazis legten im Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags einen Antrag vor, die Immunität des preußischen Ministerpräsidenten Braun aufzuheben, damit eine Klage Hitlers gegen Braun wegen übler Nachrede und Beleidigung durchgeführt werden könne. Der Anlaß zu dieser Klage sind die Ausführungen, die Braun während des Wahlkampfes zu den Preußenwahlen über Hitlers Lauenburger Rede gemacht hatte (Vorwurf des Landesverrats gegen Hitler). Der Antrag auf Aufhebung der Immunität Brauns wurde im Geschäftsordnungsausschuß angenommen mit den Stimmen der Nazis, der Deutschnationalen und — des Zentrums. Die Entscheidung steht jedoch beim Plenum des Landtags. Weshalb das Zentrum dafür stimmte, darüber wagt die „Germania“ kein Wort zu sagen. Diese neue Anbliederung bei den Nazis zeigt das völlige Auseinanderbrechen der preußischen Regierungskoalition.

Protest der Rechtsanwälte gegen Kube.

Kube (NS) hatte am 22. Juni im Preußischen Landtag unter anderem gesagt:

„Die Mehrzahl der heute in Deutschland noch tätigen Anwälte hat wiederholt Ehrauffassungen bekundet, die den deutschen Ehrauffassungen grundsätzlich widersprechen.“

Diese Äußerung vor allem, ferner die pöbelhafte Bemerkung: in den Anwaltskammern säßen viele „Judenjungen hemmungsloser Art“, hat den Deutschen Anwaltsverein zu einem offenen Protestschreiben an Kube und zu einer an den preußischen Justizminister gerichteten Verwahrung gegen die Angriffe Kubes veranlaßt. Leider wird dieser Ehrabschneider nicht exemplarisch bestraft werden.

Auch die Leipziger Universität ist vom Rektor bis auf weiteres geschlossen worden, weil Studenten randalieren. Es kennzeichnet das Bildungsniveau der deutschen Studentenschaft, daß zur Leitung deutscher Hochschulen heute nur Menschen tauglich sind, die die Qualifikation zum Polizeipräsidenten mitbringen.

Der akademische Pöbel.

Zum Fall Gumbel.

Wir haben in Nr. 143 des „Funkens“ über die neueste Aktion des nationalsozialistischen Gesindels gegen einen Hochschullehrer berichtet, der zu den anständigen Leuten gehört: gegen Professor Gumbel.

Gumbel soll, wie das einige Nationalsozialisten gehört haben wollen, gesagt haben, daß das Kriegerdenkmal für ihn eine große Kohlrübe darstelle. Wie nahezu alle andern Teilnehmer der gleichen Versammlung berichten, hat er sich aber nur gegen die blödsinnige Verherrlichung des Krieges ausgesprochen und erklärt, daß das, was für die deutsche Arbeiterschaft als wesentliche Erinnerung an die große Zeit übrig bleibe, die Kohlrübe sei. Dieser wichtige Ausspruch, den wir neulich dahin kommentierten, daß sich noch nachdrücklicher als die Erinnerung an die Kohlrübenära höchstens die schreiende Ungerechtigkeit der damaligen großen Zeit in den Herzen der Arbeiter festgesetzt haben könnte, wird heute von den Kreisen übergenommen, die wahrscheinlich gute Beziehungen zu den Selbstversorgern während der „großen Zeit“ hatten und also ihren Speisezettel nicht auf Kohlrüben in verschiedener Form zu beschränken brauchen. Daß die nationalsozialistischen Studenten außerdem vom Krieg überhaupt keine Ahnung haben und dazu ihre Führer fast ausschließlich trotz ihrer jetzigen Kriegsbegeisterung während der „großen Zeit“ hübsch zu Hause gelassen sind (wie z. B. Herr Frick, der in Pirmasens „seinem König diene“, oder wie Herr Goebbels, den sein Klumpfuß an der Kriegsteilnahme hinderte, den aber die mangelnde Kriegserfahrung nicht daran hindert, den Mund über den Krieg gewaltig aufzureißen), sei hier nur nebenbei erwähnt als ein Beispiel dafür, wie gewissenlos diese ganze Gesellschaft ist. Ich betone hier, um Mißverständnisse zu vermeiden, ausdrücklich, daß ich den Wert eines Menschen nicht daran messe, ob er überhaupt und gegebenen Falls wie lange er Kriegsdienst getan hat, ich verlange nur, daß jemand, der vom Krieg nichts gesehen hat, über das „Fronterlebnis“ den Mund hält, oder daß jemand, der andern Leuten vom Krieg etwas verschwärmt, nicht nach dessen Ausbruch in der Garnison bleibt, wenn er gesund ist.

Gumbel ist einer der wenigen aufrechten Universitätsprofessoren, die ihre Meinung über den Krieg unverhohlen und unbeeinflußt durch Konjunkturschwankungen zum Ausdruck bringen und die gerade wegen ihrer darin gezeigten Mannhaftigkeit bisher verhindert haben, daß gebildete Leute sich nicht zu der Forderung vereinigten, die sogenannten deutschen Hochschulen einfach zu schließen, weil das, was da ge-

Zeitungsverbote, Demoralisierung, Demagogie.

Nachdem oben auf Verlangen des Reichsinnenministers der sozialdemokratische Oberpräsident von Hessen-Nassau, Haas, die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ verboten hat, ist jetzt auch deren Kopfblatt, die in Gießen erscheinende „Oberhessische Volkszeitung“, auf Verlangen des Reichsinnenministers auf fünf Tage verboten worden. Auch dieses Verbot mußte von einem Sozialdemokraten, dem hessischen Innenminister Leuschner, ausgesprochen werden.

Diese Verbotspraxis des Herrn von Gayl erweckt stark den Eindruck, als verfolge er unter anderem damit den Zweck, Sozialdemokraten in den Augen ihrer Wähler dadurch zu blamieren, daß er sie zum Verbot ihrer Parteizeitungen zwingt.

Um derartige Absichten zu durchkreuzen, wäre es zunächst erforderlich, daß die betroffenen sozialdemokratischen hohen Beamten den Nötigungen des Herrn von Gayl allen erdenklichen Widerstand entgegensetzen. Zunächst ist nicht klar, weshalb der hessische Innenminister nicht vor dem Verbot die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen hat, wie Severing dies getan hat. Entsprechendes gilt für den Oberpräsidenten in Frankfurt.

Außerdem sollte man erwarten, daß, wenn schon die Aussprechung eines Verbots einer sozialdemokratischen Zeitung einem Sozialdemokraten aufgezwungen wird, gleichzeitig eine Reihe Nazi-Zeitungen mitverboten werden. Sicher bieten die Nazi-Zeitungen ungleich häufiger Anlaß zu Verboten als eine beliebige SP-Zeitung. Diese Aktivität im Gegenangriff lassen die Sozialdemokraten vermissen; und so besteht die Gefahr, daß die Demoralisierung in den Reihen der SPD, die Herrn von Gayl und seinen Gesinnungsfreunden nur erwünscht ist, tatsächlich eintritt.

„Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung.“

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des aufgelösten Reichstags hat Hertz den Reichstagspräsidenten Lübke gebeten, „die nötigen Schritte zum Zusammentritt des Ueberwachungsausschusses des Reichstages einzuleiten“; Straßer, der Vorsitzende des Ausschusses, hat allen Einberufungsanträgen passive Resistenz entgegen gesetzt.

Diese Antragstellerei und Briefschreiberei seit Wochen läßt nirgends einen Willen erkennen, sich der verletzten Rechte der Volksvertretung anzunehmen. Ein bejammernswertes Bild, das dem Namen des Ausschusses, um den es sich hier handelt, Hohn spricht.

Die studentischen Raufbolde treffen Vereinbarungen.

h Berlin, 4. Juli.

In der Berliner Universität hängt seit Montag morgen ein Plakat folgenden Inhalts:

Die nächstehenden Verbände, Allgemeine Studentenschaft (Nationalsozialistischer Studentenbund, Stahlhelm und Deutschnationale Studentenschaft, Berliner Waffenring und Deutsche Gruppe der Korporationen), Katholischer Ring an der Universität Berlin, Deutscher Studentenverband, Rote Studentengruppe an der Universität, haben mir erklärt, daß sie ihre Mitglieder verpflichtet haben, den Burgfrieden innerhalb der Universität zu wahren und sich jeder Provokation zu enthalten. Der Rektor, gez. Lüders.

trieben wird, mit Bildung nichts zu tun habe. Denn der nationalsozialistische Pöbel, der gegen Gumbel anrennt, ist nicht etwa eine auf Heidelberg beschränkte Erscheinung: die Kravalle, die in jüngster Zeit an fast allen deutschen Hochschulen stattgefunden haben, gegen Baumgarten in Kiel, gegen Lessing in Hannover, gegen Dehn in Halle, gegen Feiler in Königsberg, gegen Nawiasky in München, wozu noch die regelmäßigen nationalistischen Exzesse der Studenten gegen andersdenkende Studenten kommen, beweisen, daß hier planmäßig daran gearbeitet wird, aus den deutschen Hochschulen eine nationalistische Kaserno zu machen. Die deutsche Arbeiterschaft hat allen Grund, diese Entwicklung an den deutschen Hochschulen aufmerksam zu verfolgen, auch wenn sie immer mehr der Möglichkeit beraubt wird, Angehörige ihrer Klasse Universitätsbildung genießen zu lassen. Die Arbeiterschaft, und das kann man gar nicht nachdrücklich genug ihr selber und vor allen Dingen den Nutznießern der Universitäten erzählen, bezahlt nämlich diese Einrichtung beinahe vollständig aus ihren Steuergeldern. Dagegen wäre für sich gesehen, nicht viel einzuwenden, aber dann müßten auch die Nutznießer dieser Einrichtungen so anständig sein, die ihnen dort geschenkte freie Zeit zum Lernen zu benutzen und die so erworbenen Kenntnisse im Interesse der Gesamtheit und also auch der Arbeiterschaft zu nutzen. Wenn sich aber für das Geld der Arbeiterschaft an den Universitäten immer mehr jenes gelb angezogene Kropfzeug breitmacht, das sich das verbogene Kreuz auf den Ärmel malt, und das man also zusammenziehenderweise am besten das Gelbkreuz des deutschen Volkes nennen kann, nach jener schoullischen Giftmischung, — dann soll die Arbeiterschaft sich überlegen, ob sie nicht mit einem Fußtritt dieses ganze Gesindel einfach beiseite fegen will.

Es wird in zunehmendem Maße immer schwieriger, in den Universitäten Einrichtungen zu erkennen, die irgend einen Wert für die Gesellschaft haben. Und es bleibt also wirklich zu überlegen, ob der Aufwand an Kraft lohnt, die paar vernünftigen Leute, die sich da noch befinden, in den Rudel von zweiheiligen Wölfen zu erhalten. Es bleibt wirklich eine ernsthafte Frage, ob nicht die paar aufrichtigen Freunde der Arbeiterschaft an der Universität diese verlassen und den übrig bleibenden Rest sich gegenseitig anöden läßt. Wir wollen dies heute hier nicht entscheiden, stellen es aber gern zur Diskussion.

Jetzt zum Fall Gumbel: Die Universität Heidelberg hat ein Disziplinarverfahren gegen Gumbel eingeleitet. Das Ende des Verfahrens kann nur die Einstellung des Verfahrens sein oder die Entziehung der Lehrerlaubnis. Diese muß ihm entzogen werden, wenn er

Unverantwortlich, besonders im Hinblick auf die Einheitsfront, ist das Treiben der Kommunisten in dieser Frage. Sie haben am Mittwoch

im preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die preußische Regierung ersucht wird, das Verbot des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ sofort aufzuheben

und auch in Zukunft keine Zeitungen mehr im Auftrage der Reichsregierung zu verbieten. Natürlich wird sich um diesen Antrag, der angenommen wurde, die preußische Regierung nicht kümmern; denn nach dem geltenden Recht muß sie, nachdem das Reichsgericht das Verlangen des Reichsinnenministers bestätigt hat, das Verbot vollziehen. Der Antrag der Kommunisten läuft also im Endeffekt darauf hinaus, der preußischen Regierung ein Verhalten vorzuschlagen, das Herrn von Schleicher und den anderen Militaristen unmittelbar die erwünschte Handhabe für den Reichskommissar in Preußen in die Hand spielen würde. Der Zweck des kommunistischen Antrags ist allein, sich das tolle Propaganda-Argument zu verschaffen. Seht, ihr sozialdemokratischen Arbeiter, eure Führer lehnen unseren Antrag auf Aufhebung des „Vorwärts“-Verbots ab.

Bei der Abstimmung im Landtag haben sich die Sozialdemokraten und das Zentrum der Stimme enthalten, während die Nazis — früher eifrige Befürworter des „Vorwärts“-Verbots — jetzt mit den Kommunisten für die Aufhebung des Verbots stimmten.

Die deutschen Parlamente dienen heute in der Tat nahezu ausschließlich der Demagogie.

Weiter beschloß der Landtag neue Maßnahmen zur weiteren Subventionierung bankrotter Bergbaubetriebe.

Es ist also wirklich so weit gekommen, daß der Platz ernster Wissenschaft, der in der Hauptsache von den Steuergeldern des arbeitenden und dabei nicht studieren könnenden Volkes subventioniert wird, von Raufbolden unsicher gemacht wird, so daß auch Leute, die arbeiten wollen, dies nicht können. Statt aber die Raufbolde erbarmungslos von der Universität wegzujagen, läßt man sie feierlich erklären, daß sie sich verhalten wollen, wie es ohnehin für anständige Leute selbstverständlich ist. Ein trauriges Muster für die Herrschaft des ungebildeten Vandalentums.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2,— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

...sich durch sein Verhalten in oder außer seinem Beruf der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erweist“.

Das was seine Stellung erfordert, haben in Heidelberg Leute zu entscheiden, die zulassen, daß in Heidelberg Studenten öffentlich (nach dem Bericht einer Nazi-Zeitung!) so reden dürfen:

„Die Studentenvertreter cand. jur. Himmel und cand. jur. Scherberger gaben dann der Empörung der Studentenschaft Ausdruck ...“

Nach unzweideutigen Drohungen gegen die Universität heißt es weiter:

„Die Studentenschaft und mit ihr die Bevölkerung Heidelbergs wird nicht eher ruhen, bis Gumbel, dieser Schandfleck einer deutschen Universität, entfernt ist und sein Kopf rollen wird (legal natürlich). Mit ihm fällt ein Kopf des Systems. Stürmischer Beifall der Versammelten wurde den studententischen Rodnern zuteil.“

Obwohl die Studenten sich zudem in provokatorischer Weise über die Möglichkeit eines Disziplinarverfahrens lustig machten, ist in der Öffentlichkeit nichts von einem Verfahren gegen sie bekannt geworden. Die Universität beschränkte sich darauf, zu erklären, daß solche Erörterungen in der Öffentlichkeit keinen Einfluß auf das Verfahren hätten.

Der von der Universität eingesetzte Untersuchungsausschuß hat seine Vernehmungen beendet und hat an Fakultät und Senat zu berichten. Doch wird der Inhalt seines Gutachtens dem Angeklagten nicht bekannt gegeben. Falls Fakultät und Senat übereinstimmend den Entzug der Lehrberechtigung fordern, entscheidet das Ministerium; falls keine Übereinstimmung erzielt wird, wird das Verfahren eingestellt.

Gleichzeitig mit dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen Gumbel hatte die Fakultät ein Disziplinarverfahren gegen drei Studenten wegen Beleidigung dieses Dozenten beantragt. Doch wurde merkwürdigerweise zunächst das Verfahren gegen Gumbel durchgeführt und erst nach seinem Ergebnis soll gegen die drei Studenten, welche hier als Zeugen figurieren, eingeschritten werden.

Die äußeren Bedingungen stehen also nicht gut für Gumbel: Sympathien hat er bei den herrschenden Leuten nicht viel. Hoffentlich aber nützt ihm die Tatsache etwas, daß sein Sturz die Nazis nicht beruhigen würde, sondern nur ermuntern, das Mundwerk nach dem nächsten aufzusperren. Das weiß auch der Minister. Hoffen wir, daß er daraus auch Konsequenzen zieht. Die Sympathien aber der Arbeiterschaft und der Freunde von Frieden und Fortschritt sind bei Gumbel.

Das Schreckgespenst einer guten Ernte.

Die Herren im Reichsernährungsministerium und ihre Auftraggeber sind voller Sorge; denn es droht eine große Getreideernte.

Mit Hilfe eines umfangreichen Systems von Maßnahmen will die Regierung verhüten, daß die Verbraucher billiges Brot erhalten.

Die wichtigsten dieser Maßnahmen zählen wir hier auf:

Daß Landwirte unter dem Druck ihrer Gläubiger rasch nach der Ernte viel Getreide verkaufen und dadurch auf den Preis drücken, soll nach Möglichkeit ausgeschlossen werden: Zwangsversteigerungen werden durch den Vollstreckungsschutz bekanntlich weitgehend ausgeschlossen. Darüber hinaus sind die Landstellen der Osthilfe angewiesen, auf die „Treuhand“ im Osthilfegebiet dahin „einzuwirken“, die Bezahlung von Schulden und damit den Verkauf der Ernte in den „Sicherungsbetrieben“ der Marktlage anzupassen. Den Kreditinstituten wird „nahegelegt“, die Fälligkeit ihrer Forderungen auseinander zu ziehen, sodaß die Ernte langsamer verwertet werden kann.

Um den Landwirten zu Bargeld zu verhelfen, auch bevor sie Getreide liefern oder verkaufen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Die G. I. C. (Getreide-, Industrie- und Commissions A.-G.) hat von der Reichsbank einen Diskontkredit von 50 Millionen Mark zugesichert erhalten zur Vorschußleistung bei Getreidelieferungsverträgen; die G. I. C. kann daraufhin ihrerseits an Warengesellschaften Vorschüsse geben; diese können dann an Landwirte Getreide bereit vor der Lieferung teilweise bezahlen. Für entsprechende Geschäfte der Händler und Mühlen räumt die Reichsbank außerdem einen Kredit von 10 Millionen Mark ein. Folgende Möglichkeiten werden in beiden Fällen geschaffen: Vor der Lieferung darf ein Vorschuß in Höhe von 50 bis 60 Prozent des Wertes der verkauften Getreidemenge bezahlt werden. Die Landwirte dürfen aber auch Getreide liefern und darauf Ratenzahlungen in Höhe von 70 Prozent des Getreidewertes erhalten, ohne daß sie das Getreide bereits fest verkaufen. Sie haben die Möglichkeit, den Zeitpunkt zum Verkauf innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten zu bestimmen, sich also einen möglichst günstigen Preis auszusuchen. Nochmals in verständlicherem Deutsch:

Landwirte bekommen noch nicht geliefertes, aber zu einem festen Preis verkauftes Getreide im voraus zu 50 bis 60 Prozent bezahlt;

Landwirte können sich geliefertes, aber noch nicht verkauftes Getreide zu 70 Prozent bezahlen lassen und dann wie Spekulanten auf ein Hochgehen der Preise warten.

Landwirte können ferner Getreide in Lagerhäusern einlagern und sich 50 Prozent des Wertes bei der zuständigen Reichsbankanstalt leihen. Die Reichsbank stellt dafür 25 Millionen Mark zur Verfügung. Zur Verbilligung der Einlagerungskosten nimmt das Reich die Zahlung von 2 Prozent der Zinsen auf sich.

Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, darüber hinaus Warenwechsel über den Ankauf von Getreide hereinzunehmen und die Erweiterung der hereingenommenen Menge gegenüber dem Vorjahr wohlwollend zu behandeln. Sie hat ferner einem Bankenkonsortium zur Finanzierung von Lieferungen der G. I. C. an Mühlen einen Diskontkredit von 40 Millionen Mark in Aussicht gestellt.

Für Getreidemengen, die bei der D. G. H. (der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft) eingelagert sind, stellt die Reichsbank einen Diskontkredit in Höhe von 50 bis 70 Millionen Mark zur Verfügung; diese Beträge sollen zum Ankauf von Wechsellern benutzt werden, die durch Verpfändung von Lagerscheinen der D. G. H. gesichert sind. Die Lagerkosten sollen dabei vermindert werden durch Reichszuschüsse (8.— Mark pro Tonne für dreimonatige Einlagerung; außerdem Verbilligung der Zinssätze um 2 bis 2 1/4 Prozent).

Daß Ausfuhrscheine wieder eingeführt werden, ist bereits bekannt. Sie werden gültig sein bis zum 31. Juli 1933.

Mehlmühlen werden 230 000 Tonnen deutschen Weizen über ihren normalen Vorrat hinaus vier Monate lang von ihren übrigen Vorräten getrennt einlagern. Während allgemein die Mühlen verpflichtet sind, zu 97 Prozent Inlandsweizen zu vermahlen, dürfen die Mühlen, die die erwähnten zusätzlichen Einlagerungen vornehmen, zu 30 Prozent solchen Auslandsweizen vermahlen, der im Wege des Austauschverfahrens eingeführt worden ist.

Die Teigwarenindustrie wird gezwungen, in stärkerem Maße als bisher Inlandsweizen zu verarbeiten. Der Vorzugszoll für Hartweizen wird zu diesem Zweck von 11,25 auf 16 Mark erhöht; außerdem dürfen die Hartgrießmühlen, die der Teigwarenindustrie den Hartweizengrieß als Rohstoff liefern, zu diesem Zoll nur die Hälfte der 1931 zu Hartweizengrieß verarbeiteten Mengen einführen.

Die Ausmahlungsvorschriften für Roggen werden aufgehoben, was eine Erhöhung des Roggenverbrauchs um etwa 240 000 Tonnen zur Folge haben wird.

Der Getreidemarkt soll durch eine „zielbewußte“ Futtermittelpolitik gestützt werden. Die Erhöhung des Maispreises von 140—155 auf 180—195 Mark ist bereits bekannt. Das Maismonopol wird auf Dari ausgedehnt. Ferner wird der Zoll für Futterreis erhöht, soweit das die bestehenden Handelsverträge zulassen, nämlich von 1,50 auf 2,50 Mark. — Der im Besitz der D. G. H. befindliche Auslandsroggen wird vom Brotgetreidemarkt ferngehalten. Er wird mit inländischer Gerste vormischt und den Viehmästern zu 16 Mark pro Doppelzentner verkauft werden. Dieser Preis wird von amtswegen als „tragbar“ bezeichnet. Was für ein toller Preis es ist, zeigt die folgende Vergleichung: Das Gemisch besteht aus Auslandsroggen, der heute rund 6,90 Mark kostet und Inlandsgerste, die heute 16,70 Mark kostet (Auslandsgerste kostet rund 7 Mark!).

Schließlich werden die Landwirte aufgefordert, sich bei der Marktbefreiung „nicht zu überstürzten Handlungen hinreißen“ zu lassen. Die Reichsregierung versichert, die von ihr in Aussicht genommene Getreidepolitik bis zum Schluß des Erntejahres durchzuführen.

Die Wiedergabe der Absichten der Reichsregierung durch Hugenburgs Telegraphen-Union schließt — wir können nur sagen: unverschämterweise — mit der Versicherung, „die Verbraucherschicht brauche im Hinblick auf den voraussichtlich reichen Ernteseignen

keine Brotverknappung zu befürchten!“

Daß die Junkerregierung die Absicht hat, bis zum Schluß des Erntejahres und noch möglichst viele weitere Erntejahre hindurch Junkerpolitik zu treiben, stimmt sicher. Mit dieser Junkerpolitik gegen Bauern und Verbraucher können wir also nur Schluss machen, wenn wir mit der Junkerregierung Schluss machen.

DEUTSCHLAND

Stichtagskreditknoten: Die Stichtagskreditkonferenz in London hat beschlossen, daß die Delegierten ihren Bankenausschüssen die Anwendung einer niedrigeren Zinsskala für deutsche Kredite vorschlagen sollen.

Die erste Kontingentierung: Um ja alle „Fortschritte“ der internationalen Politik gegen den Handel mitzumachen, hat die Reichsregierung nunmehr auch eine Einfuhrkontingentierung verfügt: Die Einfuhr von Kartoffeln während des Juli darf nur 70 Prozent der Gesamtkartoffeleinfuhr vom Juli 1931 betragen. — Die Rechtsparteien frohlocken über die „grundsätzliche Schwenkung“ der Handelspolitik.

Gescheiterte „Rationalisierungsbestrebungen“ in der englischen Baumwollindustrie.

In Nr. 87 des „Funken“ berichteten wir schon ausführlich über eine Vereinigung meist bankerotter Spinnereien, die Lancashire Cotton Corporation (LCC), und deren Bedeutung. Die LCC, an der die Bank von England beteiligt ist, wollte ein Umlagesystem einführen, durch das Bankerotte vermieden werden sollten durch Aufkauf und Stilllegung veralteter Spinnereien. Natürlich auf Kosten der Konsumenten!

Jetzt wird bekannt, daß der Vorsitzende der LCC, Sir Kenneth Stewart, sein Amt niedergelegt habe mit der Begründung, es sei nicht mehr die geringste Aussicht vorhanden, daß die LCC zum Ausgangspunkt für die „durchgreifende Rationalisierung“ (wofür man besser, wie unser englischer Korrespondent schreibt, „Monopolbildung“ sagen würde) der Baumwollindustrie werde, nachdem der von einem Gemeinschaftsausschuß aufgestellte Plan einer Umlage von der Mehrheit der Betriebe abgelehnt worden ist. Auffallenderweise enthielten sich bei der Abstimmung gerade einige der größten Gruppen der Stimme, darunter auch die LCC, angeblich, um nicht durch eine Stimmenübermacht die kleineren Gruppen und Gesellschaften zu beeinflussen. Das führte zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der LCC, die mit der Amtsniederlegung des Vorsitzenden endeten.

Anscheinend wollten sich die in Frage kommenden Firmen mit den vorgeschlagenen Sätzen für die Übernahme der unrentablen Betriebe nicht einverstanden erklären, während andererseits den noch nicht stillgelegten Betrieben der Preis zu hoch schien, so daß sie lieber den Bankerott der überalterten Betriebe abwarten, deren Konkurrenz damit sowieso hinfällig wird.

Trotz vieler Bemühungen ist es also nicht gelungen, dem erstrebten Monopol auch nur einen Schritt näher zu kommen. Eine Fertigwarenindustrie zu kartellieren, ist eben — zum Glück für die Konsumenten — nicht so einfach! R. H.

Neue Kleinbetriebe entstehen.

Dem Juni-Heft der „Creditreform“ entnehmen wir Folgendes:

„Parallel zur Dezentralisation großer Konzerne vollzieht sich neuerdings ein sehr charakteristischer Vorgang in der böhmischen Textilindustrie. Von dort wird nämlich über eine Wiederaufnahme der Hausweberei

berichtet. Ein großer Teil der nur noch zu 30 Prozent beschäftigten Webereien beginnt nämlich abzurufen. Aus der Konkursmasse kaufen dann arbeitslose Weber für ein Billiges ein paar Webstühle und fangen mit ihnen zu Hause ganz klein wieder an. Solche Weber suchen als Hausierer mit ihrer Ware selber die Kundschaft auf. Charakteristisch ist es auch hier, daß der Vorbesitzer ähnlich wie der Grundbesitzer in der Ostmark erst abgewirtschaftet haben muß, bevor der Nachfolger rentabel wirtschaften kann. So entstehen aus der wirtschaftlichen Not in Deutsch-Böhmen neue Kleinbetriebe auf enger Basis, während in den Riesenbetrieben von Lancashire, die die Massenware für die Auslandsmärkte herstellen, der bis zur Still- und Ausperrungsdauer gefällte Kamm an die Weber sechs oder acht Webstühle bedienen soll, noch unentschieden ist.“

SCHWEIZ

Hoteltourismus: Ende Mai 1932 waren 24 Prozent der Betten der geöffneten Betriebe besetzt. Ende Mai 1931 waren es 32 Prozent, Ende Mai 1930: 38 Prozent. — Auf 100 besetzte Gastbetten kamen in diesem Jahr 118 beschäftigte Personen, im Mai 1930 nur 83 Personen.

Der Schotte und der Schweizer. Zwei Professoren über den Kapitalismus.

Das Buch von Adam Smith über „Natur und Ursachen des Reichtums der Völker“ — sozusagen das Alte Testament in der dicken Bibel des Kapitalisten-Liberalismus und von fast unermesslich großer theoretischer und praktischer Bedeutung für das 19. Jahrhundert — ist auch wegen seiner schlichten Schreibweise heute noch die beste Lehrbibel für jeden Anfänger im Studium der Wirtschaftswissenschaften und bleibt sicherlich für alle Zeiten eines der wichtigsten, der wirklich klassischen Werke der Ökonomik. Sein Verfasser, der Schotte Adam Smith, ein vielseitig gebildeter Gelehrter — zunächst Professor der Moralphilosophie und dann jahrelang der Reisebegleiter junger Fürsten — war ein recht empfindsamer zartbesaiteter Mann, der sich zum Beispiel lebenslang vor den Frauen, aber nie vor dem Aussprechen dessen fürchtete, was er für wahr hielt, was er als Tatbestand vor sich sah. So schreibt er in seinem Hauptkapitel über den Arbeitslohn:

„Sinkt dieser Entgelt, so wird der Mangel an Händen ihn bald wieder heben. Derart bestimmt notwendig die Nachfrage nach Menschen wie bei jeder anderen Ware auch die Erzeugung von Menschen, beschleunigt sie, wenn sie zu langsam, und hält sie zurück, wenn sie zu rasch fortschreitet.“

Das schreibt der eigentliche Begründer der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, dieser weltberühmte Schotte. Ihn loben — im Ganzen — die Meister aller Orten.

Der international allerdings viel weniger berühmte Schweizer Julius Platter ist eigentlich ein Oesterreicher, wurde aber zum Schweizer, weil er dreißig und einige Jahre lang an der höchsten Hochschule der Schweiz, am Eidgenössischen Polytechnikum, den Studenten mit dem sozialökonomischen Einmaleins die Einsicht in den Kapitalismus und also auch das von einem gewissen Goethe sogenannte Hexen-Einmaleins der Plusmacherei beibrachte. Nun ist die Wissenschaft von der Wirtschaft ja bekanntlich die reine Lehre von den heiligsten Gütern und heikelsten Verhältnissen und sozusagen die Theologie des Kapitalismus — so daß manche meinen, hier wenigstens dürfe man den Kindlein doch nicht alles sagen. Und wirklich wurden die wahren Herren der Hochschule, die schamhaften schweizerischen Kapitalisten manchmal fast noch peinlicher als die weniger pruden Herren Studenten, also die hoffnungsvollen Söhne der Reichen, durch das berührt, was ihr Professor ausplauderte. Denn wie jede seiner Vorlesungen ist auch das Lehrbuch Platters, seine in Deutschland leider wenig bekannt-

ten „Grundlehren der Nationalökonomie“, geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie bürgerlich und zugleich doch grandeurlich ein wirklicher Professor — das Wort bedeutet „Bekannter“ — bleiben kann, wenn er will, das heißt: wenn er nicht nur Fachmann, sondern auch Mann sein will. Zu jenem oben wiedergegebenen Grundgesetz über den Lohn gibt Julius Platter beispielsweise — im damals offiziellen Lehrbuch des Staates, auf Seite 348 — folgende famose Erläuterung:

„Bezeichnend für den Klassenstandpunkt ist vor allem, daß Adam Smith den Arbeiter wie eine Ware betrachtet, deren Preis sich nach der Nachfrage der besitzenden Klassen richtet. Das Angebot — die Menschenherzeugung, doch nur die Erzeugung armer, besitzloser Menschen — muß sich der Nachfrage gemäß regulieren. Wieviel Arbeits-Menschen erzeugt werden dürfen und leben können, das hängt vom Bedarf der Besitzenden ab, das heißt mit anderen Worten vom Profit, der mit solcher Menschen-Ware zu machen ist. Ich glaube nicht, daß Adam Smith als Mensch und Philosoph diese Anschauung vertrat. Er wollte damit gewiß vor allem die wirkliche Sachlage, die kapitalistische Wirtschaft, zum klaren Ausdruck bringen.“

Aha! „Die wirkliche Sachlage!“ Und dies schrieb Julius Platter anno 1903 — in der anderswo aufs deutlichste ausgedrückten Meinung, daß wenigstens in dieser ziemlich fundamentalen Angelegenheit die Gegenwart nicht viel anders sei als das Jahr 1776, in dem das Werk von Adam Smith erschien, weil in dieser Hinsicht der Kapitalismus sich eben nicht ändern könne, ohne Sozialismus zu werden!

Beim nachdenklichen Ueberlesen dieser Sätze, die um mehr als 125 Jahre auseinander liegen, möge man nun vor allem nicht vergessen, daß es gerade zwei bürgerliche Sachverständige des Kapitalismus sind, die nicht etwa bloß nebeneinander, sondern an besonders wichtiger Stelle in ihrem Hauptwerk solche Sachen sagen. So schreiben bürgerliche Denker — so schrieben sie wenigstens einmal.

Paul Tureg.

Der Irrsinn . . . von Julius Epstein.

„Das Schicksal der Akkumulation in Deutschland oder der Irrsinn der Autarkie.“ Von Julius Epstein. Martin Kelter, Verlag, Leipzig 1932. 24 Seiten. 50 Pfennige.

Der Titel der Broschüre, aus der wir die uns entscheidend scheinenden Worte als Überschrift voranstellen, würde, wenn er vom Verfasser stammte, auf eine seltene Selbsterkenntnis schließen lassen, bekanntlich den ersten Schritt zur Besse-

rung. Doch sind für den Titel wohl nur Verleger und Drucker verantwortlich, deren Kollegen vor einigen Jahren — durch dasselbe Verfahren: das Weglassen von Punkten — Herrn Dr. Erkes zum Schöpfer Gottes erhoben hatten (auf einem Buch von ihm stand: „Wie Gott erschaffen wurde von Dr. Heinrich Erkes“).

Beginnen wir die Kritik an dem Verfasser also erst auf der ersten Textseite! Nach den einleitenden Worten: „Rekapitulieren wir etwas marxistische Ökonomie“ wülfelt er die Elemente der „marxistischen Ökonomie“ bereits völlig durcheinander. Er verwechselt das „konstante, also in Gebäuden, Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen angelegte Kapital“ mit dem, wie Rosa Luxemburg bereits auf Seite 8 ihres von Epstein sehr gelobten aber schlecht gelesenen Buches über „Die Akkumulation des Kapitals“ schreibt, „auf die Ware übertragenen Wertteil der gebrauchten, toten Produktionsmittel“.

Aus purer Neugierde habe ich weiter gelesen, was dieser Marxist mit seinen Formeln anstellen wird. Zwei Proben davon:

1. Er teilt Rosa Luxemburgs Ansicht, daß der Kapitalismus ohne Vorstoß in nichtkapitalistische Wirtschaftsräume nicht existieren kann. Epstein möchte gern, daß er nicht mehr existieren kann. Flugs verfügt er: „Die Welt ist ziemlich zu 85 Prozent durchkapitalisiert. Die restlichen 15 Prozent gehören zu Rußland und kommen als Realisierungsgebiete des Weltkapitalismus so gut wie nicht in Frage.“ (Seite 15.)

Es bleibt für uns die bescheidene Frage: Existiert China mit seinen 400 Millionen Einwohnern? Existieren dort noch nicht „durchkapitalisierte“ Räume? Die japanischen, amerikanischen und englischen Kapitalisten, die wir für bessere Sachverständige als Herrn Epstein halten, scheinen dieser Ansicht zu sein! Kurz: nach Rosa Luxemburgs Theorie kann der Kapitalismus lustig weiter existieren.

2. Wenn Epstein sich also als Bundesgenosse gegen den Kapitalismus nicht mehr brauchbar erweist, so ist er es vielleicht gegen den „Irrsinn der Autarkie“. Um das zu prüfen, genügt es, einen Satz von ihm zu lesen: „Mögen die Zölle noch so hoch sein, es wächst deshalb kein Halm Weizen in Deutschland mehr.“ (Seite 22), — und dazu zu wissen: Von 1930 auf 1932 hat die mit Weizen bebauten Fläche in Deutschland um 500 000 Hektar, das heißt, um rund 28 Prozent, vor allem infolge der Zollerhöhungen zugenommen.

Frage: Sehen diese Hochstapler der Wissenschaft eigentlich grundsätzlich weder einen Atlas noch ein statistisches Buch an? Heilmut Rauschenplat.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz. 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 159 B

BERLIN • Sonnabend, den 9. Juli 1932

1. JAHRGANG

Bayern organisiert eine Gegen-SA.

Vorläufig gegen Nazis — die Gefahr für links.

Die Elternbeiratswahlen vom Juni.

Politische Verschleierungsmanöver.

Von Blencke-Dönch.

Die Wahlen für die Elternbeiräte in Preußen liegen bereits 14 Tage zurück, und noch immer läßt sich kein genaues Bild über die Ergebnisse gewinnen. Wer sich darum bemüht, sieht sich vor einer Fülle von Schwierigkeiten. Die bedeutsamste: die Nachrichtenbüros, die sonst schnell und gewissenhaft nach jeder Wahl bis hinein in den kleinsten Ort die genauen Zahlen vermitteln, versagen. Sie bringen aus manchen Orten und Gegenden überhaupt keine Nachricht, oder sie bringen mit dicken Überschriften über den Wahlsieg der Christlich-Unpolitischen nur vorläufige Teilmeldungen, denen keine Gesamtmeldung folgt.

Wer etwa aus diesen Teilmeldungen einen Schluß auf das Gesamtergebn ziehen will, kann ein vollkommen schiefes Bild erhalten. So ist z. B. um die von evangelischen Elternbund gesammelten Zahlen handelt, es würden dabei diejenigen Schulen, an denen die christlich-unpolitische Liste fehlt, vor allem also Sammelstellen (weltliche Schulen), nicht berücksichtigt sein. Das Bild würde so zu Gunsten eines Sieges der Christlich-Unpolitischen gefälscht werden.

Ich habe den Verdacht, daß es sich z. B. bei einer Meldung der Telegraphen-Union über die Wahlergebnisse in den Regierungsbezirken Arnberg und Münster so verhält. Dort sollen 165 Sitzen der Christlich-Unpolitischen 34 Sitze der Arbeiterparteien gegenüberstehen. Wer aber die starke Verbreitung der weltlichen Schule in diesen Bezirken kennt, wird meinem Verdacht zustimmen. Ich habe ihn noch nicht nachprüfen können.

Ueber Berlin verbreitet die Telegraphen-Union eine Meldung, in der die Zahlen der diesjährigen Wahl (übrigens sehr ungenau) ohne Vergleichszahlen einer früheren Wahl wiedergegeben sind. Daran ist die Bemerkung geknüpft, daß die Wahl „eine deutliche Absage an parteipolitische Parolen“ bringe. Diese Absage läge aber offenbar erst dann vor, wenn das Verhältnis der Stimmzahlen sich zu Ungunsten der proletarischen Stimmen und zu Gunsten der „christlich-unpolitischen“ verschoben hätte. Daran glaubt offenbar die Telegraphen-Union selber nicht; deshalb gibt sie die Vergleichszahlen nicht an.

Uns liegen aus zuverlässigeren Quellen über Berlin bisher folgende Zahlen vor:

Weltliche Schulen (aus 48 von insgesamt 55):	
Einheitsliste der werktätigen Eltern (KP):	161
Liste Schulaufbau (SP):	204
Von etwa 70 Prozent der evangelischen Schulen:	
Einheitsliste der werktätigen Eltern:	526
Liste Schulaufbau:	953
Christlich-unpolitische und Sonstige	1403

Obwohl die Zahlen unvollständig sind, können wir uns doch schon ein Bild von der Gesamtzahl machen, das dem Gerede von dem Wahlsieg der Christlich-Unpolitischen ins Gesicht schlägt. Von 30 Prozent der christlichen Schulen fehlen die Zahlen. Nehmen wir an, was ungefähr stimmen mag, daß für diese Schulen nur christlich-unpolitische Mandate in Frage kommen, dann erhöht sich die Zahl dieser Mandate um etwa 1230 auf rund 2600. Nach dieser Berichtigung ergeben sich für die evangelischen Schulen Berlins die folgenden Zahlen:

Einheitsliste der werktätigen Eltern:	526 (289)
Liste Schulaufbau:	953 (812)
Christlich-unpolitische Liste u. sonstige rund 2600 (3456)	
zusammen:	rund 4080 (4557)

In Klammern sind die Zahlen von 1930 angegeben.

Der Vergleich zeigt, daß das Verhältnis der Stimmen gegenüber 1930 sich zu Gunsten der proletarischen Mandate verschoben hat.

Das Gesamtbild ändert sich auch dann nicht, wenn die Zahl der bürgerlichen Mandate noch um einige Hundert größer sein sollte.

An dieser Beurteilung für Berlin wird auch durch Berücksichtigung folgender Schwierigkeit nichts mehr geändert

Die bayerische Einwohnerwehr lebt auf.

„Jetzt muß die Bauernwehr und die Bayernwacht an die Front. Alle Bauern und Bauernsöhne vom 18. Jahre an, die bereit sind, jederzeit und auf jeden Ruf zum Schutze unseres Bauernführers Dr. Heim und unseres Bayernführers Dr. Held anzutreten, haben sich sofort schriftlich beim Sekretariat des Christlichen Bauernvereins in Regensburg zu melden. Wir Bauern lassen unsere Führer nicht kampflös abschlichten. Wir Bauern lassen unser Bayernland nicht zum Tummelplatz von Aufrührern und Umstürzern werden.“

So heißt es in einem Aufruf der christlichen Bauernvereine der Oberpfalz. Die Bemerkung: wir lassen unsere Führer nicht abschlichten, ist die Antwort auf die nationalsozialistische Pressehetze gegen Held und Heim.

Die Bayern machen also ernst mit der Einwohnerwehr, die der Staatsrat Schäffer von der Bayerischen Volkspartei ankündigte.

Es ist klar, daß man im Augenblick alles, was geeignet ist, den feigen Hitler auf der Straße einzuschüchtern, begrüßen muß. Und eine bayerische Bauernwehr unter katholischer Führung wäre sicher dazu geeignet.

Ebenso klar ist, daß eine solche Truppe der Verteidigung reaktionärer Interessen dienen wird, wie die alte Einwohnerwehr es tat. Staatsrat Schäffer hat bereits gesagt, daß er den bayerischen Selbstschutz deswegen für so notwendig halte, weil es darauf ankomme, mit dem Nationalsozialismus den Bolschewismus abzuwehren. Und Heim hat vor einiger Zeit

AUS DEM INHALT:

- Nerven und Pffigkeit statt Politik.
- Protest gegen SA-Terror.
- Irrsinn, Phrasen über alles. . . .
- Opposition und Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.
- Millionenverluste — Millionengewinne.

sein Bekenntnis zur Monarchie als der für Bayern nach seiner Meinung geeignetsten Staatsform abgelegt.

w München, 7. Juli.

Der Landesvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, veröffentlicht einen Aufruf zur Stärkung der „Bayernwacht“. Die Bayerische Volkspartei sei nicht gewillt, die Sache der „Terroristen der Demokratie“ einzuführen. Bayern müsse ein Land der Ordnung, Sicherheit, Staatsautorität und politischer Freiheit bleiben. Die „Bayernwacht“ werde in diesem Sinne dienen, in der Erkenntnis der Gefahr, die Volk und Staat drohen, seien in diesen Tagen bereits Tausende neu zur „Bayernwacht“ gestoßen.

Hitler macht sich unbeliebt.

Deutschlands Nachbarn im Osten wird der Vormarsch der NSDAP, die mit ihrer Propaganda keineswegs an den deutschen Grenzen haltmacht, mehr und mehr ungemütlich. Am energischsten ist bisher die Tschechoslowakei eingeschritten mit dem Verbot nationalsozialistischer Organisationen, der Verhaftung einer großen Schaar von Nationalsozialisten, die unter der Anklage des Hochverrats stehen. Der schon seit langem angekündigte Prozeß gegen die ersten sieben dieser Angeklagten ist allerdings am Donnerstag nach einer kurzen Eröffnungssitzung von neuem auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Jetzt wird auch Lettland munter. Obwohl die lettische Regierung selber dem Faschismus keineswegs abgeneigt ist, wünscht sie ihn doch in lettischer Prägung und nicht als Deutscherherrschaft. So hat sie sich entschlossen, die Zensurmaßnahmen, die sie bisher in erster Linie gegen die Kommunisten anwandte, nun auch gegen ihren faschistischen Gesinnungsgenossen Hitler einzusetzen. Der lettische Innenminister hat ein Verzeichnis von Schriften herausgegeben, deren Vertrieb in Lettland verboten ist. Die Liste enthält neben einigen kommunistischen Büchern u. a. folgende Bände:

Hitler: „Mein Kampf“, Hans Mend: „Adolf Hitler im Felde 1914 bis 1918“, „Vertrauliche nationalsozialistische Auslandsbriefe“ (Parteiämliche Mitteilungen des Leiters der Auslandsabteilung der NSDAP), Heuß: „Hitlers Weg“, Hoffmann: „Hitler, wie ihn keiner kennt.“

werden. Die Zahl der Schulen, an denen überhaupt eine Wahl stattfand, ist insgesamt in Preußen kleiner als die Zahl derjenigen, an denen es nicht zu einer Wahl kam. Dies liegt nicht nur daran, daß die Schulen, an denen nicht gewählt wird, weltanschaulich einheitlich sind — z. B. wird an katholischen Schulen nur in sehr seltenen Fällen gewählt —, sondern auch daran, daß sich die Anhänger der verschiedenen Richtungen ohne Wahl auf eine gemeinsame Liste geeinigt haben. Z. B. wurde in der Stadt Hannover an 21 Volksschulen und 6 Hilfsschulen nicht gewählt. Soweit in den vereinbarten Listen überhaupt Angaben über die Parteiloyalität gemacht wurden, sind in diesen Elternbeiräten, die also nicht durch die Zahlen über den Ausgang der Elternbeiratswahl erfaßt werden, 207 Anhänger der Christlich-Unpolitischen, 35 Anhänger der SPD und 9 Nationalsozialisten. Bei der Angabe über den Wahlausgang in Hannover werden nur 28 Volksschulen angegeben, an denen gewählt wurde. Das Wahlergebnis gibt uns also nur die Zusammensetzung der Elternbeiräte an rund der Hälfte der Volksschulen.

Sogar das Bild vom apfelschälenden Hitler ist demnach mitsamt dem ganzen geschmacklosen Hitler-Bilderbuch in Lettland verboten. Die Letten haben ihn offenbar gründlich satt!

Sechs Jahre Gefängnis für 19-jährigen Kommunisten.

Das Schwurgericht beim Landgericht I in Berlin verurteilte am Mittwoch den 19-jährigen antifaschistischen Jungarbeiter Fritz Käsling zu der unverhältnismäßig hohen Strafe von sechs Jahren Gefängnis. Er soll bei einem Zusammenstoß am Lausitzer Platz den 17-jährigen Nazi Hans Hoffmann erschossen haben. Die „Rote Fahne“ behauptet, es sei nicht festzustellen gewesen, wer den Schuß abgegeben hat.

Mit Käsling wurden drei andere Arbeiter wegen Landfriedensbruchs bzw. Körperverletzung verurteilt: einer zu einem Jahr, acht Monaten, die beiden anderen zu je acht Monaten Gefängnis.

Der Vergleichsmaßstab zur Kennzeichnung des Klassencharakters dieses Urteils:

In Riesa (Elbe) wurden am 3. November 1931 die „Reichsbanner“-Leute Wolf und Meyer auf der Straße von einer Gruppe NS überfallen. Wolf stürzte, wurde von fünf Messerstichen getroffen. Einer ging ins Herz. Wolf war gleich tot.

Verurteilt wurden 9 NS zu Gefängnisstrafen von 7 Monaten bis zu 2 Jahren, 4 Monaten.

Obgleich deutlich ist, daß die Zahlen der Elternbeiratswahlen anders zu werten sind als die von Parlamentswahlen, stellen wir die Zahlen zusammen, deren wir habhaft werden konnten, denn so ungenau sie sein mögen, sie zeigen doch eines mit aller Deutlichkeit, wie gering das Interesse freier Kräfte an der Schule ist und, wie wenig die Arbeiterparteien es verstanden haben, in Schulfragen die Masse ihrer Wählerschaft auf die Beine zu bringen. In Berlin, das im Stadtparlament eine absolute proletarische Mehrheit hat, ist bei den Elternbeiratswahlen nach der oben angegebenen Schätzung das Verhältnis der bürgerlichen Mandate zu den proletarischen etwa 2 : 1.

Wo sind die Nazis bei diesen Wahlen? Ihre Anhänger stehen z. B. hinter den Christlich-Nationalen und den Christlich-Unpolitischen. Meist haben die Nazis „eifrig“ für die christlich-unpolitische Liste geworben. Mehr als die Arbeiterparteien zogen sie einheitliche Blockbildung ihrer Klasse vor.

Woran scheiterte die Aufstellung einheitlicher proletarischer Listen?

In Harburg-Wilhelmsburg z. B. an dem Starrsinn der Kommunisten, in vielen anderen Orten an dem der Sozialdemokraten. Auch hier hat keine der Parteien der anderen etwas vorzuwerfen. Leider haben die beiden Parteien lieber an den Sammelschulen gegen einander gekämpft, anstatt an den christlichen Schulen geschlossen gegen die Christlich-Unpolitischen vorzugehen. Wie aussichtsreich solche Aktionen im Elternbeiratswahlkampf gewesen wären, zeigt ein Beispiel aus Harburg-Wilhelmsburg. Dort stellt die Kommunisten an einer katholischen Schule eine Liste auf. Sie errangen zwei Mandate. Diese Zahl macht uns außerdem deutlich, wieviele Arbeiter ihre Kinder noch in katholische Schulen schicken. Unser Berichterstatter aus Harburg-Wilhelmsburg teilt uns mit, daß er sich vergewissert hat, daß diese kommunistischen Kinder nicht vom Religionsunterricht abgemeldet sind.

Hier ist also noch ein weites Feld zu beackern, ein Feld, das die Arbeiterschaft auch in Zeiten politischen Terrors bearbeiten kann. Sie hat hier eine Arbeit, die gerade für das Wecken des Klassenbewußtseins der Arbeiter von ungeheurer Bedeutung ist. Wir wissen alle, daß die Eindrücke, die Kinder im frühen Alter empfangen, am festesten sich einprägen und oft die Entwicklung der Lebensanschauung bestimmen. Darum heraus mit den Kindern aus Schulen mit bürgerlichem Geist und aus Unterrichtsstunden, die, wie der Religionsunterricht, verhindern, daß Menschen zu Kämpfern für die Arbeiterklasse werden.

Nach dieser Wahl mehrten sich die Stimmen, die eine Aenderung der Wahl und Zusammensetzung der Elternbeiräte fordern. Sie wollen die Elternbeiräte nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten, sondern nur noch nach „pädagogischen“ Gesichtspunkten aufstellen. Die „Preußische Lehrzeitung“ schrieb bereits vor der Wahl:

„Sie (die Lehrerschaft) will die Elternbeiräte behalten, aber sie möchte sie entpolitisieren; Parteipolitik ist für die Schule Gift. Die Lehrerschaft hofft, daß am 26. Juni in Preußen zum letztenmal nach einem parteipolitischen Modus Elternbeiräte gewählt werden.“

Die Arbeiterschaft darf diesen Sirenentönen nicht verfallen, sie sollen nur dazu dienen, eine einzige parteipolitische Richtung in den Schulen vorherrschend zu machen, die Christlich-Unpolitische!

Das französische Finanzprogramm vom Ausschuss angenommen. Auf Grund der Abänderungen, die der französische Haushaltsminister an dem französischen Finanzprogramm vorgenommen hatte und die den Forderungen der Sozialisten und Radikalsozialisten entsprechen, ist das Programm bei der zweiten Lesung von dem Finanzausschuß der Kammer ohne weiteres angenommen worden. Man rechnet damit, daß auch die Lesung vor der Kammer selber nun keine Schwierigkeiten mehr machen wird.

Die außerordentliche Völkerbundsversammlung beschloß am Mittwoch vormittag, die Türkei einzuladen, dem Völkerbund beizutreten.

Zu Tode gefelert.

Unabhängigkeitstag in den USA.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung gefeiert. Der starke Verkehr in Autos und Booten, das Abbrechen von Feuerwerk und aufkommende Schießereien kosteten an diesem Tag 125 Personen das Leben. In den Bergen Kentucks benutzte man außerdem die Gelegenheit, alte Blutfehden wieder aufleben zu lassen. 10 Tote, 8 Verwundete waren das Opfer.

U-Boot-Katastrophe: Über 60 Tote.

Eins der neuesten französischen U-Boote ist am Donnerstag bei einigen Übungen, die es an der Wasseroberoberfläche vornahm, plötzlich gesunken. Acht Personen der Besatzung, die sich zur Zeit des Unglücks im Turm oder auf Deck befanden, konnten das Schiff verlassen und wurden bald darauf von einem in der Nähe kreuzenden Fischdampfer aufgenommen. Die übrigen — man rechnet mit 66 Mann — wurden mit in die Tiefe gerissen. Da das Boot sehr schnell sank, hatten sie vermutlich nicht mehr Zeit, die Luken zu schließen. Es ist daher kaum damit zu rechnen, daß noch einer der Eingeschlossenen am Leben ist. Trotzdem sollen alle möglichen Rettungsversuche unternommen werden.

Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts bekannt.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

25)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Mail-Verlag 1932

Süß braucht sich nicht nach dem Kilowattzeiger umzu-drehen.

Er hört das Summen seiner Maschine schwerer werden. Die unsichtbaren Schaufelräder drehen sich weiter in gleicher Tourenzahl, doch die daran hängende Belastung ist größer geworden. Die Straßenbahnen fahren wieder, und mit dem anbrechenden Tag hängen sich immer mehr Betriebe an das Stromnetz.

Der Verbrauch steigt.
Der Kilowattmesser zeigt 18 000.
Im Kesselraum ertönt ein Klingelzeichen, gleichzeitig glühen rote Lampen neben dem Zeichen auf. Es gibt wieder Arbeit — die Feuer werden durchgestoßen, festgebrannt Schlacken werden aufgebrochen, die Wanderroste wieder angestellt.

In allmählicher Kurve steigt der Verbrauch auf 36 000 Kilowatt.

Der normale Tagesbetrieb hat begonnen.
Die Heizer haben voll zu tun. Sie regulieren die Temperatur, den Wasserstand und CO-Gehalt ihrer Kessel, steigern die Luftzufuhr und versorgen die Feuer mit der nötigen Menge Brennstoff. Die Trimmerkolonnen füllen die Bunker nach und karren die Schlacken auf den Hof hinaus.

Die dritte Schicht macht Dampf, und der Dampf wird Strom.

Und der Strom rollt die mit Arbeitern beladenen Straßenbahnen den Fabriken, eine Stunde später die Angestellten, Stenotypistinnen und Verkäuferinnen den Büros und den Warenhäusern zu. Der Strom treibt Maschinen, Kräne, die Lifts in den Hotels, er füllt die Telephon- und Telegraphendrähte mit surrendem Leber.

Nerven und Pfiffigkeit statt Politik.

Von der Lausanner Konferenz.

„Es hat sich im übrigen herausgestellt, daß in den Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Vertretern so gut wie alles strittig geblieben ist.“ Diese Meldung eines Presse-Büros über den Gang der ganzen wochenlangen Verhandlungen trifft den Nagel auf den Kopf. Als strikter Beweis für diese Behauptung reicht die eine Tatsache aus, daß noch so bestimmt vorgetragene Forderungen der einen Seite zurückgezogen und durch einen völlig anderen Vorschlag ersetzt werden, sobald die Gegenseite abgelehnt hat — woraus hervorgeht, daß alle diese Vorschläge mit einem besonnenen und festen Vorsatz überhaupt nichts zu tun haben.

Nachdem die Welt gestern erfuhr, daß nur die politischen Fragen zur Diskussion ständen und alle Zahlungsdebatten in den Hintergrund gerückt seien, wurde gestern abend gemeldet, daß nur die Zahlungsprobleme im Vordergrund ständen und die politischen Fragen zurückgedrängt worden seien. Heute morgen heißt es, Herriot sei bereit, beide Fragen anzuschneiden und eine Formel zu finden, auf die sich beide Seiten einigen könnten.

Es ist im Grunde völlig klar, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Frage der Reparationszahlung und der sogenannten politischen Frage besteht, und zwar der folgende: Die Festsetzung der Höhe der Reparationszahlungen ist freilich vor allem, wie man sich heute ausdrückt, eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft. Ob aber überhaupt eine Restzahlung geleistet werden soll, ist ein rechtliches Problem. Diese Forderung geht zurück auf einen Anspruch der Gläubigermächte, für das ihnen im Krieg angetane Unrecht entschädigt zu werden. Wird über diesen Anspruch nicht endgültig eine Einigung erzielt, derart, daß Deutschland etwa die Berechtigung einer bestimmten Restzahlung anerkennt und Frankreich daraufhin seinen Anspruch für befriedigt erklärt oder wie man sich diesen Ausgleich sonst immer denken mag, so wird die nur wirtschaftliche Regelung keine wirkliche Entspannung zwischen den Staaten herbeiführen.

Dieser Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Regelung und rechtlicher Bereinigung muß grundsätzlich anerkannt werden. Eine ganz andere Frage ist es dann, zu welchem Zeitpunkt man das eine oder das andere Problem aufrollt. Wenn man sich darauf geeinigt hat, daß die Rechtsfrage der Reparationszahlung, die ihren politischen Niederschlag im Abschnitt VIII des Versailler Vertrages gefunden hat, eines Tages geklärt werden soll, dann steht dem nichts im Wege, eine der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Staaten entsprechende Lösung schon jetzt zu suchen und anzunehmen. Hierfür waren durch den Layton-Bericht die von Sachverständigen vorbereiteten Vorschläge gemacht worden. Von einer so klaren Disposition des Verhandlungsganges spürt man in Lausanne überhaupt nichts. Die Zahlungsforderungen werden nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgelegt, sondern sie werden hinaufgesetzt und heruntergesetzt, je nachdem wie das politische Barometer steht, und die politischen Forderungen werden vorgeschoben oder zurückgestellt, je nachdem, wieviel man dem eigenen Druck auf den Verhandlungspartner gerade zu-

traut. Was dabei herauskommen wird, ist — wie wir mehrfach geäußert haben — nicht das Ergebnis staatsmännischen Denkens, sondern das Zufallsprodukt von Nerven, Pfiffigkeit und der Erwägung, daß irgend ein Abschluß gefunden werden muß.

Der Gang der Verhandlungen.

Wenn wir heute den Gang der Verhandlungen einmal wieder etwas ausführlicher darlegen, so aus dem Grund, um eine Nachprüfung des oben aufgestellten Urteils zu ermöglichen.

Ueber das Ergebnis der zweistündigen Unterredung zwischen Papen und Herriot am Donnerstag vormittag wird mitgeteilt, daß ausschließlich die politischen Fragen zur Verhandlung gelangt seien. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Die deutsche und die französische Abordnung sind unmittelbar nach dieser Unterredung zu Besprechungen zusammengetreten, die der Erwägung galten, angesichts der Gegensätze in den politischen Fragen die Vertagung der Konferenz zu erwägen.

In der Nachmittagsausprache zwischen Papen und MacDonald hat Papen erklärt, daß die deutsche Regierung nunmehr auf den Ausgangspunkt der Lausanner Konferenz, nämlich die endgültige Regelung der Reparationszahlungen, zurückgekommen sei.

Die deutsche Abordnung hat MacDonald am Donnerstag abend wissen lassen, daß sie auf Grund der Nichterledigung der politischen Fragen ihre bisherige Zustimmung zu dem Layton-Vorschlag nicht aufrechterhalten könne. Die Höchstgrenze von 2,6 Milliarden Mark (am Tag vorher hatten die Deutschen ihr Einverständnis zu einer Zahlung von 3 Milliarden geäußert) könne nicht mehr eingehalten werden; die deutsche Regierung verhandle nur noch auf der Grundlage des am 1. Juli abgelaufenen Hoover-Moratoriums, wonach nur eine Zahlung von 1,9 Milliarden in Frage komme. Auch die bisher bereits erörterten Zahlungsbedingungen weist die deutsche Regierung als jetzt unannehmbar zurück.

Am Donnerstag abend war Herriot zu Tisch bei dem englischen Schatzkanzler Chamberlain gebeten. Um 23½ Uhr wurden Papen und Neurath zu Chamberlain dazu geholt. Die Unterhaltung dauerte bis ¼2 Uhr nachts. Uebereinstimmend wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die politischen Fragen wieder in Gang gekommen seien und zum Gegenstand einer neuen Erörterung am Freitag dienen werden.

Im Anschluß an die nächtlichen Besprechungen mit Papen und Neurath begaben sich MacDonald und Chamberlain nacheinander zu der französischen, der italienischen und der belgischen Delegation. Wie es heißt, war morgens um vier Uhr die Einigung über eine endgültige Lösung so gut wie sicher. Hoffen wir, daß dies nicht nur dem verständlichen Bestreben entsprang, endlich ins Bett zu kommen.

Feuerüberfälle in Christi Namen

In Agua Caliente (Mexiko) wurden vom Turm der Erlöser-Kirche auf einem Demonstrationszug der Nationalen revolutionären Partei Schüsse abgegeben, durch die fünf Personen getötet und acht schwer verwundet wurden. Angeblich sollen die Schützen vor dem Feuerüberfall „Lang lebe Christus“ gerufen haben. Die Regierung hat Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt.

Erwerbsloser von Polizei erschossen.

Gegen die Kürzung der Fürsorgesätze demonstrierten am Donnerstag Erwerbslose vor dem Gemeindevorstand in Sandersdorf bei Bitterfeld. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei schoß und tötete einen Erwerbslosen, während es außerdem Schwer- und Leichtverletzte gab.

Zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen linken Arbeitern und Polizei kam es auch in Schwerin vor dem Arbeitsamt und bei einer Kundgebung der kommunistischen Jugend auf dem Vinetaplatz in Berlin.

Die dritte Schicht ist müde geworden. Siebzig ausgemüdete Gestalten bewegen sich in dem grauen Licht, das schräg von oben in den Kesselraum einfällt.

Um acht Uhr kommt die Ablösung.

Eine Woche vergeht:

Primelsack wirbt einen neuen Genossen für die Organisation der „Revolutionären Obleute“. — Lange wird sozialdemokratischer Vertrauensmann in der Dampfschmiede der AEG. — Der Helfer Brantschke wird zum Militärdienst eingezogen. — In der Boxhagener Straße 46 hebt die Polizei im Schusterkeller eine revolutionäre Sitzung aus. — Die Portierfrau desselben Hauses wird nach einem mißglückten Abort ins Krankenhaus transportiert. — Trude Müller berichtigt ihren Jungen, draußen in Buch, in einer nach Zahlen und Buchstaben geordneten Anlage von Massengräbern. Am gleichen Abend, an dem Frau Müller mit der Vorortbahn aus Buch in ihre Wohnung zurückfährt, schleichen zwei Männer durch den schmalen Waldstreifen der Schönholzer Heide: der Schlackenzieher Primelsack und Ernst Däumig, der die militärischen Angelegenheiten der Revolutionären Obleute bearbeitet.

Die beiden bewegen sich vorsichtig, aber das Knacken des Holzes unter ihren Füßen können sie nicht vermeiden. Von Zeit zu Zeit bleiben sie lauschend stehen.

Einer stolpert über eine Baumwurzel.

„Mensch —“

„Schon gut!“

„Gib mir lieber das Ding!“

Das „Ding“, das Däumig im Arm trägt, sieht wie eine große Flasche aus. Aber es ist aus Gußstahl und stammt aus einer der Berliner Waffenfabriken. Es ist der Kopf einer Fliegerbombe. Oben steckt ein Stiff drin. Und der Bauch enthält eine Sprengstofffüllung, eine Mischung, die die Genossen eines Pulvermagazins besorgt haben.

An einer Lichtung machen die beiden halt.

„So, hier können wir ausprobieren!“

„Hier haben wir gleich Deckung.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 9. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck. Beim alten Schützenhof 4. Thema: Die Nazi Herrschaft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Köln:

Internationale Kundgebung gegen Krieg und Reaktion.

Es sprechen: Minna Specht, Berlin; René Bertholet, Paris; Allan Flanders, London. Am Sonnabend, dem 9. Juli 1932, in der Rheinlandloge, Cäcilienstraße. Eintritt 30 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Beginn 20.15 Uhr.

„Acht Sekunden — aber wirf so weit du kannst!“

„Da, nach dem Baum rüber!“

Primelsack drückt den Stiff ein, dann holt er weit aus. Der Sprengkörper fliegt in weitem Bogen durch die Luft und fällt mit einem dumpfen Aufschlag nieder. Die beiden kauern hinter einem Klaffer Holz. Ihre Pulse hämmern. Bis sieben zählen sie.

Dann steht der Wald in jäher Helle da. Einer der Bäume bewegt sich unnatürlich in der Krone. Einen Moment nach der Detonation, nachdem es wieder dunkel geworden ist, und die nachfolgende Stille wie ein plötzlich aufgerissenes Loch ist, hören sie den Baum in seiner ganzen Länge auf den Waldboden niederschlagen. Auch von anderen Bäumen fallen Äste herunter.

„Mensch, das haut rein, das gibt Stückel!“

„Hier liegt ein Ast, die Splitter sind bis hier rüber gekommen! Mindestens dreißig Meter Sprengwirkung!“ stottert Däumig fest.

Sie stehen vor dem umgerissenen Baum.

„Der hat einen Durchmesser von vierzig Zentimeter.“

„Jetzt müssen wir aber verschwinden. Wenn wir die Straßenbahn gleich kriegen, kommen wir noch in die Sitzung zurecht!“

Der Stoßtruppführer — anderthalb Dutzend Metallarbeiter aus den Berliner Großbetrieben, die die Kampftruppe der Obleute zu organisieren und am Tage der Revolution zu führen haben — sind schon beim letzten Punkt ihrer Tagesordnung angekommen. Auf Gartenstühlen sitzen und stehen sie in der ungeheizten Kegelbahn eines Arbeiterlokals um einen Tisch herum. Beim Eintritt Primelsacks wird das Gespräch unterbrochen.

Primelsack fängt sofort an zu berichten:

„Hat alles geklappt. — Ernst ist gleich in die Hauptsitzung nach der Schicklerstraße rüber. Einen Baum hat sie umgehauen, der war vierzig Zentimeter dick, und von den anderen Bäumen sind noch Stücke runtergekommen in einem Umkreis von dreißig Metern.“

(Fortsetzung folgt.)

Oppositions- und Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

Seit einigen Monaten sind die freien Gewerkschaften erfreulicher Weise dabei, ihr Augenmerk mehr als bisher auf die erwerbslosen Kollegen zu richten. Das ist außerordentlich begrüßenswert; denn die bestehende Scheidung — fast könnte man sagen: Klassen-scheidung — zwischen beschäftigten und erwerbslosen Kollegen ist in hohem Maße geeignet, die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zu beeinträchtigen. Darüber hinaus wird mancher Erwerbslose weniger leicht den uferlosen Versprechungen der Nazis zum Opfer fallen, wenn er sieht, daß er mit seinen besonderen Nöten nicht auf sich allein angewiesen ist, sondern einen Rückhalt in seiner Klassenorganisation hat.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei hat die Gelegenheit einer Kritik an den gewerkschaftlichen Richtlinien über die Organisation und Betreuung der Arbeitslosen benutzt, in der Dienstagnummer ihrer Zeitung wieder ihre alte Forderung nach Oppositionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften zu erheben. Damit beschwört sie aufs neue auch innerhalb der Arbeit mit den Erwerbslosen den Streit der Fraktionen herauf. Denn es handelt sich ja nicht darum, etwa dafür zu sorgen, daß die aufzunehmenden oder in Erwerbslosenausschüsse zu wählenden Genossen lediglich gegen schlechte Arbeit innerhalb der Gewerkschaften opponieren sollen, sondern die Opposition, wie die SAP sie erstrebt, soll eine organisierte, fraktionelle sein. Zu diesem Zweck schließt sie besondere Vereinbarungen mit anderen Gruppen. Wir berichten nachstehend über eine derartige Vereinbarung, die kürzlich in der Zeitschrift der KPD-O: „Gegen den Strom“ (Nr. 13) veröffentlicht worden ist.

Danach ist zwischen der SAP und der KPD-O in Nordbayern eine Vereinbarung über gemeinsame Gewerkschaftsarbeit der beiden Gruppen zustande gekommen unter dem Titel: „Richtlinien der Gewerkschaftsopposition“ (GO).

Nach der Ablehnung der „reformistischen Gewerkschaftspolitik mit ihrem Ausweichen vor jeden ernstlichen Kampfmaßnahmen“ und der Ablehnung des „Gewerkschaftskurses der RGO, der den reformistischen Gewerkschaftsführern ermöglichte, ihre reformistische Gewerkschaftspolitik ungestört durchzuführen“, heißt es:

„Zur Schaffung eines starken linken Gewerkschaftsflügels in Nürnberg organisiert die GO in allen Berufsverbänden Gewerkschaftsfraktionen.

Die Gewerkschaftsfraktionen geben sich eine Leitung, deren Zahl sich nach den vorhandenen Kräften und Zweckmäßigkeiten richtet.

Zentral zusammengefaßt sind die Gewerkschaftsfraktionen in einer Gewerkschaftskommission (Opposition), die die Aufgabe hat, in enger Verbindung mit den Fraktionsleitungen die **„Gegen den Strom“** zu festzulegen.

Die Gewerkschaftskommission führt Gewerkschaftsschulungskurse durch, um so durch diese Schulung der Kollegen den Reformisten und RGO-Kollegen erfolgversprechend entgegenzutreten zu können und weisend bei den in der Praxis gestellten Gewerkschaftsaufgaben voranzugehen.

Die GO hat Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, die aktuelle Gewerkschaftsfragen behandeln, zu organisieren (Tarifabläufe, Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienst u. a.).

Sie legt besonderen Wert auf die Heranbildung von jungen Kollegen zu oppositioneller Gewerkschaftsarbeit. Die GO tritt in jeder Versammlung einheitlich auf.

Anträge, Aufstellung von Kampfforderungen, Einbringung von Entschließungen u. s. w. in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, werden in einer GO-Sitzung beraten und darüber Beschluß gefaßt, der für die Kollegen bindend ist.

Da die SAP wie auch die KPD bei ihrer Gewerkschaftsarbeit von der Förderung ihrer Parteiinteressen ausgehen und nicht lediglich von der Förderung der Gewerkschaftsarbeit, die gerade die Zurückstellung der Parteiinteressen bei der Gewerkschaftsarbeit erfordert, so ist auch bei dieser Fraktionsarbeit keine Förderung der Gewerkschaften zu erwarten — wie das überhaupt von keiner Fraktionsarbeit zu erwarten ist.

Es ist noch nicht lange her, da schrieb die „Arbeiterpolitik“ über das Ziel der Gewerkschaftspolitik der KPD: „Die Verhältnisse sind günstig, um innerhalb der Freien Gewerkschaften Eroberungen für den Kommunismus zu machen.“ Und der SAP ist deutlich anzumerken, daß ihren Genossen bei der Besetzung von Gewerkschaftsfunktionen nicht die gewerkschaftliche Tüchtigkeit oberster Gesichtspunkt ist, sondern die Parteizugehörigkeit. Dies kommt auch deutlich in folgender Meldung zum Ausdruck:

„Oldenburg: Im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband, der zweitstärksten Gewerkschaft am Orte, wurden in fast alle Funktionen SAP-Genossen gewählt. Die SPD verfügt nur

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom _____ ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name _____ Ort _____
 Straße und Hausnummer _____

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

noch über zwei Sitze im Vorstand. Zum Vorsitzenden des Buchbinderverbandes wurde ein SAP-Genosse gewählt.“

Diese Meldung ist mit der Ueberschrift versehen: „SAP. Der tägliche Vormarsch.“ („SAZ“, Nr. 42, vom 19. Februar.)

Die Erfolge der Fraktionsarbeit / Krach und Verbitterung.

A. D. Seit mehr als einem Jahr tagte vor einigen Tagen wieder die erste allgemeine Mitgliederversammlung des DMV in Bremen. Trotz des aktuellen, interessanten Themas „Die Politik der Reichsregierung und die Gewerkschaften“ waren von den 10000 Mitgliedern nur einige Hundert Kollegen erschienen. Kollege Schliestedt vom Hauptvorstand des DMV kennzeichnete kurz die Lage der Wirtschaft und die Entwicklung der NSDAP; er versuchte zu begründen, warum die Gewerkschaften die SPD unterstützen und warum die Tolerierung der Regierung Brüning nötig war. Schliestedt erklärte den Sturz Brünings, die Bildung und den Charakter der Regierung Papen und zeigte, daß für die Arbeiterschaft das Gebot der Stunde ist, die einheitliche Aktion zu schaffen. Er setzte dann auseinander, daß die Bemühungen um die Einheitsfront, die von seiten des ADGB und der „Eisernen Front“ ausgingen, bisher an der Haltung der KPD gescheitert seien, und meinte schließlich, daß auf Grund dieser Sachlage für die Gewerkschaften vorläufig die „Eiserne Front“ die Einheitsfront darstelle. Bei den Ausführungen über das Problem der Einheitsfront machte er die interessante Bemerkung: „Ich glaube, daß es noch nicht vollkommen zu spät ist“ — nämlich mit der Schaffung der wirklichen Einheitsfront.

Schon aus dieser kurzen Skizzierung der Rede geht hervor, daß viele Fragen behandelt wurden, die einen lebhaften Meinungsstreit erwarten ließen. Das war recht ungunstig für eine ruhige Erörterung der Frage der Einheitsfront, von der Schliestedt sagte, daß sie das ernsteste Problem der Taktik des proletarischen Kampfes in der Gegenwart ist. Die Ausführungen des Kollegen Schliestedt waren so,

Da wir über die gewerkschaftsschädigende Fraktionsarbeit der SPD im „Funken“ Nr. 113 und 114, vom 15. und 18. Mai ausführlich geschrieben haben, so ist hiermit das Bild über die Schädlichkeit der Fraktionsarbeit aller Parteien in den Gewerkschaften vollständig.

Ueber die Stellung des ISK zu dieser brennenden Frage der Fraktionsarbeit ist ein ausführlicher grundlegender Aufsatz im „ISK“, Nr. 4, vom April dieses Jahres erschienen: „Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften“. Preis 20 Pfennig. Kein ernsthafter Gewerkschafter darf an den dort gemachten Darlegungen achtlos vorbeigehen. Fritz Grob.

daß man trotz sachlicher Meinungsverschiedenheiten ohne Aufregung und Beschimpfung hätte diskutieren können, zumal, wenn in den Vordergrund der Debatte die Frage der Einheitsfront gerückt worden wäre. Die sogenannte „Opposition“ hatte befürchtet, die Versammlungsleitung würde eine freie Aussprache hintertreiben; das geschah jedoch nicht; vielmehr setzte die Versammlungsleitung eine Redezeit von je zehn Minuten fest. Als erster sprach ein Vertreter der „Opposition“, ein Kommunist. Seine Rede war ein derartiges Brüllen, daß man fast nichts verstand — und das, was man verstand, war im wesentlichen bloßes Geschimpf. Provokierend wurde sein Verhalten, als er nach Ablauf seiner Redezeit den Mahnungen und Aufforderungen der Versammlungsleitung, Schluß zu machen, nicht nachkam, sondern stattdessen begann, neue Fragen zu erörtern und eine mindestens drei Seiten lange Resolution vorzulesen. Dies und das weitere Verhalten des Redners löste bei den meisten Kollegen impulsiv einen derartigen Proteststurm aus, daß schließlich ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und auch angenommen wurde. Als Schliestedt das Schlußwort nehmen wollte, setzte ein solcher Lärm ein, daß er auf sein Schlußwort verzichten mußte.

Der Erfolg dieser Gewerkschaftsversammlung? Statt des Solidaritätsgefühls, das gerade heute alle Genossen miteinander verbinden sollte, bemächtigte sich der meisten Genossen Gerechtigkeit und Verbitterung. Mit tiefer Beschämung verließen wir das Lokal, das viele betreten hatten mit der Hoffnung, daß die einheitliche Front aller Bremer Arbeiter gegen den Faschismus in dieser Versammlung geschmiedet werden sollte.

Irrsinn, Phrasen über alles . . .

Einweihung des Kolonial-Elefanten.

W. H. Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, wurde es erbaut: ein Kolonialdenkmal. Die Stadt Bremen hat die Ehre, es in seinen Mauern beherbergen zu dürfen. Es ist ein aus Stein aufgebauter Elefant. Vor einigen Tagen wurde es eingeweiht. Das Ganze groß aufgezogen — mit Uebertragung auf den Rundfunk (alle norddeutschen und Deutschland-Sender), mit Aufnahmen für irgend eine tönende Wochenschau, mit einer Kundgebung von Hindenburg.

Bei der Einweihung: die Klassenscheidung fein säuberlich aufrecht erhalten. Nur eingeladene Gäste hatten Zutritt. Durch ein im weiten Bogen gespanntes Seil — von der Schupo bewacht — wird das „gemeine Volk“ in gebührender Entfernung gehalten.

Auf dem Denkmalsplatz: die Herrenklub-Typen des „erwachenden Deutschlands“. Uniformröcke älteren und neueren Formats, den ganzen Klemperladen auf der Brust. Gehröcke und Zylinder — die Spitzen der Behörden.

Eine Anzahl Reden werden gehalten: zum Uebelwerden.

Das Paradeferd: Lettow-Vorbeck. „Wo der Wind über die Steppe wehte, da verfehlte die Phrase ihre Wirkung.“ So sagte er in seiner Rede. Von dieser heilsamen Wirkung des Steppenwindes auf Lettow-Vorbeck war leider nichts mehr zu spüren. Seine Rede war überste nationalistiche Phrasendrescherei. Er sprach, anscheinend um wieder Stimmung zu machen für den „Heldentod auf dem Felde der Ehre“, von den in den Kolonien Gefallenen: „Mit stolzen, feierlichen Gesichtern lagen die Toten.“

Ich dachte an eine Stelle aus Remarques Buch: „Der Weg zurück“:

„Wollen Sie wissen, wie der kleine Hoyer gestorben ist? Den ganzen Tag hat er im Drahtverhau gelegen und geschrien, und die Därme hingen ihm wie Makkaroni aus dem Bauch. Dann hat ihm ein Sprongstück die Finger weggerissen und zwei Stunden später einen Fetzen vom Bein, und er hat immer noch gelebt und versucht, sich mit der anderen Hand die Därme reinzustoßen, und schließlich abends war er fertig. Als wir dann herankommen nachts, war er durchlöchert wie ein Reibeisen.“

Eine andere Stelle aus Lettow-Vorbecks Rede: Wir brauchen Kolonien, „um eine nationale Notwendigkeit zu erfüllen, um das deutsche Volk davor zu bewahren, daß es erstickt in seinen eigenen Grenzen.“

Erstauslich ist die Unwissenheit, mit der solche irr-sinnigen Parolen immer wieder in die Bevölkerung hineingetragen werden.

Folgende Tatsache sollte sich die Arbeiterschaft einmal unauslöschlich einprägen, um nicht immer wieder auf solchen Unsinn hereinzufallen: Auf dem landwirtschaftlich nutzbaren Boden Deutschlands, auf dem heute 14 Millionen Menschen leben, könnten 28 Millionen leben und eine ausreichende Existenz finden, wenn dieser Boden nicht durch die politischen Freunde des Herrn Lettow-Vorbeck — den Großgrundbesitzern — gesperrt und entvölkert wäre.

Lettow-Vorbeck hat die vor seiner Klasse liegende Aufgabe so formuliert: „In der großen Vergangenheit ist es einer weisen Staatsführung gelungen, die vaterländischen Kräfte zusammenzufassen. Diese Aufgabe liegt wieder vor uns.“

Das ist deutlich, ganz deutlich.

Wann besinnt sich die Arbeiterschaft darauf, diese vaterländischen Phrasendrescher und Kriegshetzer mit Staatspension auf unsere Kosten, die ihre Langeweile damit ausfüllen, Deutschland in einen neuen Massenmord hinein zu manövrieren, zum Teufel zu jagen?

Tag der Unkultur.

Streiflichter vom Nazitreffen.

E. H. Auf der Landstraße, noch 10 km von Dessau entfernt, treffen wir die ersten größeren SA-Gruppen. Militär-Betrieb: „Stillgestanden! Augen geradeaus! Rechts schwenkt marsch!“ — Die Stadt ist „geschmückt“ mit Girlanden, schwarzweißroten Fahnen, Hakenkreuz-Fahnen und Hitler-Bildern. In den Wohnvierteln der Reichen viele Fahnen und Schmuck, in den Arbeiter-Straßen hier und da einige Papierfahnen.

Die Straßen der Stadt stehen voller Automobile, geschmückt mit großer oder kleinen Hakenkreuz-Fahnen. Luxus-Limousinen, schwere Tourenwagen, kleine Sportwagen, alle Typen sind vertreten, aus allen Teilen des Reiches. Die eleganteren Restaurants sind überfüllt.

Ein Auto-Besitzer hat sich unter eine Gruppe Arbeiter gemischt und versucht zu beweisen, daß die Klassengegensätze eine Erfindung der Marxisten sind. Die Arbeiter schickten ihn aber heim.

Um dem Vorbeimarsch der SA vor ihren Führern ansehen zu dürfen, mußte man in der ersten Stuhreihe drei Mark, in der zweiten zwei Mark, in der dritten eine Mark, für den Stehplatz 50 Pfennige zahlen. Zur Besichtigung des Umzuges aus der Vogelschau fanden Passagierflüge statt: zehn Minuten für sieben Mark.

In der Stadt Plakate: „Kauft jetzt keine neuen sauren Gurken, denn es sind ausländische.“ Auf dem Platz jedoch reihenweise große Fässer mit der Aufschrift: „Neue saure Gurken.“

Der hakenkreuzgeschmückte deutsche Pressewagen war ein Ford.

„Wir reden die Sprache des Volkes, daher unsere Erfolge.“ So sprach Goebbels bei der politischen Kundgebung.

So lautet die „Sprache des Volkes“:

„Als wir am Rande des Abgrundes zu stehen schienen, hat unser Herr aus den Tiefen des Volkes den einfachen Weltkriegs-Gefreiten Adolf Hitler vor die Front gerufen.“ (Hauptmann Loeper bei der Begrüßungsansprache.)

„Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, gehts noch mal so gut.“ (Gesungen von der SA beim Umzug.)

Ausgerechnet in der Nähe des Gewerkschaftshauses, quer über die Straße, war ein Transparent angebracht: „Nieder mit den roten Bonzen und Schiebern.“ Auf eine Beschwerde antwortete der Ministerpräsident (Nazi): die Sozialdemokraten seien damit nicht gemeint, nur die Bar-mat, Kutisker u. s. w.

Wieder ein Schulbrand in Berlin, in der Volksschule in der Christburger Straße. Diesmal hatte der Brandstifter sich einen mit Zeichenmaterial vollgestopften Schrank als Objekt ausersehen. Es entstand kein großer Schaden.

Der Butab fordert den Wahlblock der gesamten Arbeiterschaft.

In der gut besuchten Zentral-Kölner Versammlung des Butab (Bund der technischen Angestellten und Beamten) wurde folgende Entschliessung gegen eine Stimme angenommen:

Die am 6. Juli 1932 im Restaurant „Im Kaiser“ versammelten Butab-Kollegen verlangen von den Spitzenorganisationen der Freien Gewerkschaft, daß diese — als eine überparteiliche Organisation der Arbeiterschaft — sich mit allem Nachdruck für das Zustandekommen eines einheitlichen Wahlblocks mindestens von der SPD bis zur KPD

für die Reichstagswahlen zum 31. Juli einsetzt. Angesichts der immer weiter vordringenden Reaktion wird die Schaffung einer wirklichen Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft zum dringendsten Gebot der Stunde.

Noch ist es nicht zu spät. Bis Mitte Juli können die Wahllisten eingereicht werden. Keine Minute darf länger gezögert werden.

Der ADGB ist die größte überparteiliche Arbeiterorganisation Deutschlands. Der Vorstand des ADGB möge an die Vorstände der in Frage kommenden Parteien, ins-

Werbt für die Einheitsfront! Zeichnet Euch ein in die Sammelliste!

besondere an die SPD und die KPD, eine Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung ergehen lassen. Dann wird sich zeigen, ob eine Partei es wagen wird, die Einheitsfront für die jetzige Reichstagswahl zu sabotieren.

Diese Entschliessung ist den Zentralinstanzen des Butab, des Afa-Kartells und des ADGB schnellstens zuzuleiten.

Auch die Lehrer reihen sich ein.

Die Allgemeine Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Hannover, hatte in ihrer Mitgliederversammlung vom 1. Juli eine Aussprache über die politische Lage, in der auch die Schwäche der Arbeiterschaft, verursacht durch die parteipolitische Zersplitterung, zur Sprache kam. Sie brachte daraufhin ihren Willen, an der Herstellung einer schlagkräftigen Einheitsfront mitzuhelfen, in nachstehender Entschliessung zum Ausdruck, die sie den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen übermitteln hat:

„Mit Riesenschritten und aller ihrer Macht dringt die Reaktion vorwärts. An ihrer Spitze kämpfen die erbittertesten Feinde der Arbeiterschaft: Die Faschisten! In ihrem Schlepptau die alten Feinde des Proletariats: Die Großagrarien und Schlotbarone! Von diesem Dreigestirn des Rückschritts wurden die ersten Opfer schon zur Strecke gebracht. — Ziel aber ist die vollkommene Vernichtung jeder Arbeiterorganisation, die Untordrückung der modernen Arbeiterbewegung überhaupt.“

In dieser Stunde der Gefahr verlangen wir, daß die Spitzenverbände der Arbeiterbewegung gemeinsam den Abwehrkampf organisieren. Nur eine Einheitsfront der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft vermag Faschismus und Reaktion zu schlagen.

Wir verlangen daher, daß die Spitzenverbände der Gewerkschaften endlich Taten zeigen. Als ihren ersten Schritt erwarten wir, daß sie die Hauptvorstände der proletarischen Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung zwecks Organisation des gemeinsamen Abwehrkampfes gegen den Faschismus zusammenrufen.“

Man kann auch auf Seeschiffen wählen: auf den Seeschiffen nämlich, die am 31. Juli mehr als 50 mit Stimm-scheinen bewaffnete Passagiere an Bord haben, wird auf Grund einer Verordnung des Reichsinnenministers eine Wahlmöglichkeit geschaffen werden. Außerdem hat, wie bereits bei den anderen Wahlen dieses Jahres, die Schiffsbesatzung

Deutscher Sozialismus? Alterserscheinungen!

Bg. Otto Straßer, Führer der „revolutionären Nationalsozialisten“, hat ein Buch geschrieben über den Aufbau des deutschen Sozialismus“ (Leipzig 1932). Es ist eigentlich recht seltsam, wenn ein schicksalsgläubiger Mensch wie Straßer Ziele zeigt und Vorschläge macht. Lesen wir doch im Vorwort: „Der Wollende folgt dem Schicksal, den Nichtwollenden reißt es mit.“ Straßer geht den zwangsläufigen und „unabweichlichen Weg von der Wiege zum Grab, vom Apfelfern über den fruchttragenden Baum zum toten Holz“. Ja, hier ist totes Holz! Die Frage nach Wahrheit und Irrtum wird nicht mehr zugelassen, „weder das ‚Nein‘ noch das ‚Ja-Aber‘ werden hier von Nutzen sein“. Straßer traut sich nicht einmal zu, ein Werturteil über die Gesellschaftsformen zu fällen, denn es gibt ja — so argumentiert er — auch „keine Wertigkeit zwischen Tag und Nacht“. Wenn uns Straßer in seinem Buch trotzdem Vorschläge macht, so müssen wir das wohl hauptsächlich so verstehen, daß das unabweichliche Schicksal ihn eben zum Schreiber des Buches gezwungen hat. Und man merkt auch deutlich, welches Schicksal ihn gezwungen hat, nämlich das von ihm behauptete „Altersstadium des abendländischen Kulturkreises“. Straßers Buch ist schon mehr als das Zeichen eines schicksalhaften Wirkens des kulturellen Altersstadiums, das Buch zeugt vom Verfall und von der drohenden Herrschaft eines geistigen Todes, der schon so nahe gekommen ist, daß Straßer es nicht einmal mehr fertig bringt, seine Irrtümer auszudrücken. Die Sätze mißlingen und werden wie auch sonst bei Geistes zu einer mehr oder weniger unverständlichen Aneinanderreihung von Worten. Meint Straßer denn wirklich: „Jeder Deutsche soll zu Besitz an Grund und Boden, Bodenschätzen und Produktionsmitteln kommen“? Was sollen nur die armen Aerzte, die Schriftsteller und die Lehrer machen, wenn Straßer jeden von ihnen verpflichtet, sowohl Grund und Boden, Bodenschätze, als auch Produktionsmittel zu besitzen! Meint Straßer auch wirklich, daß die Nation sich „als ein gesteigerter Bewußtseinsgrad des Volkes ergibt“? Ist die Nation ein Bewußtseinsgrad, also vielleicht nur ein Hirngespinnst? Nein, das ist sie nicht, und auch Straßer meint das nicht, er meint nur, daß ein Volk, das sich gewisser Dinge (seiner Arteigenheit) bewußt wird, zur Nation wird.

Die Frage nach einer vernünftigen Staatsordnung stellt Straßer nicht. Er fragt nur: „Welche Staatsform wird dem deutschen Wesen im weitesten Umfange am besten gerecht?“ Das deutsche Wesen (im weitesten Umfange) nimmt er hin, wie es ist, „denn grundsätzlich lehnen wir die Möglichkeit, geschweige die Absicht einer Aenderung der menschlichen Natur ab“. Wenn also das Faulenzen auf Bärenpelzen und die

Militärspielerei zum deutschen Wesen gehören, muß Straßer das eben hinnehmen, oder höchstens noch fördern, und das will er auch. Zur tragenden Schicht des deutschen Volkes soll ein durch freiwilligen Heeresdienst geschaffener „Kriegs-Adel“ gemacht werden. Nette Zustände, in denen die Menschen herrschen, die ebenso wie Straßer keine höheren Ziele kennen, als sich (vom zwangsläufigen Schicksal ihrer Instinkte getrieben) freiwillig und unter Lebensgefahr herumzuschlagen nach dem egoistischen und bornierten Leitmotiv: Recht oder Unrecht, es ist mein Vaterland. Diese Anbetung der geistlosen Gewalt wird auch für den Verkehr zwischen den Völkern gefordert: „Wenn sich auf Grund des natürlichen Wachstums des deutschen Volkes eine Reibung mit anderen, angrenzenden Völkern ergibt, dann wird diese Reibung zu einem Kampf zwischen beiden Völkern führen, der mit dem Sieg des Stärkeren enden wird.“ Da Straßer dies billigt, bemißt er also das Recht zum Leben nur nach den kriegerischen Fähigkeiten. In dieser Mißachtung vernünftiger Maßstäbe zur Schlichtung von Interessenkonflikten zeigt sich die geistige Verwandtschaft mit dem barbarischen Partei-Nationalsozialismus.

Klingt es aber nicht recht anständig, wenn Straßer „jede Ueberheblichkeit des eigenen Volkes ablehnt“? Jedoch gleich hinterher wird die „Erfüllung der eigenen Art zum obersten Gesetz erklärt“. Straßer erklärt dies einfach, aber er erklärt uns ebenso wenig wie irgend ein anderer Nationalist, woher er das Recht zu dieser diktatorischen Erklärung des obersten Gesetzes nimmt. Es genügt nicht, die anderen zu friedeln zu lassen, wenn man dann auf internationale Solidarität verzichtet, um dafür umso schneller im eigenen Land angenehmere Verhältnisse zu schaffen. Das Recht erfordert mehr.

Aber dagegen wird uns Straßer sagen, „daß es ein ‚Recht an sich‘ gar nicht gibt, sondern daß Rechtsbewußtsein und Rechtsform gebunden sind an die Arteigenheit jedes Volkes“. Wieso kann es ein allgemeinverbindliches Recht nicht geben, wenn das Rechtsbewußtsein und die Rechtsform bei den einzelnen Völkern verschieden sind? Nach völkischer Logik könnte auch die Sonne keine bestimmte Entfernung von der Erde haben, weil die einzelnen Völker hierüber ganz verschiedene Vorstellungen im Bewußtsein besitzen.

Glücklicher Weise gibt es in Deutschland noch andere Menschen als solche, die keinen revolutionären Unternehmungsgeist mehr besitzen und die sich daher vom Schicksal dahin treiben lassen, das „Altersstadium unserer Kultur“ auch in Büchern zum Ausdruck zu bringen.

die Möglichkeit, in den zehn Tagen unmittelbar vor und den fünf Tagen unmittelbar nach der Wahl in Häfen zu wählen.

Arbeitslosigkeit nimmt doch noch ab?

In der ersten Junihälfte hatte die Arbeitslosigkeit in Deutschland, nach den amtlichen statistischen Mitteilungen, nur um 14 000 Personen, abgenommen. Die Abnahme in der zweiten Junihälfte beträgt erstaunlicher Weise 93 000. Hat die tatsächliche Arbeitslosigkeit so stark abgenommen? Oder nur die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit?

Mit Sicherheit erfaßt werden nur die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge. Diejenigen, die keinerlei Unterstützung erhalten, machen meist gar nicht erst den Weg zum Arbeitsamt, da sie auch auf Arbeitsvermittlung nicht hoffen; sie werden daher nicht statistisch erfaßt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung hat in der zweiten Juni-Hälfte um 61 000 abgenommen, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Krisenfürsorge um 29 000; beide Gruppen zusammen haben also um 90 000 abgenommen. Im ganzen Juni

haben sie zusammen um 172 000 abgenommen. Während des ganzen Monat Juni hat die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger um nur 72 000 zugenommen.

Wieviel Erwerbslose Arbeit erhalten haben, und wieviel jetzt keine Unterstützung mehr erhalten, weiß man nicht genau. Da man das nicht weiß, sind optimistische Schlüsse aus dem Rückgang der statistisch erfaßten Arbeitslosigkeit unseres Erachtens nicht berechtigt.

Ausdehnung des Kohlenstreiks in Belgien.

Der belgische Kohlenarbeiterstreik breitet sich aus. Auch im mittelbelgischen Kohlenbecken wird gestreikt. Die Arbeiter anderer Industrien sind im Begriff, sich den Streikenden anzuschließen. In den Glasfabriken von Saint Ghislain wird schon gestreikt. Streikbrecher werden von Streikposten zurückgehalten.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes.

Preis monatl. 20 Pf. Probeummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Zum frischen Obst

schmecken rohe Gebirgs-Haferflocken vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund) nur 3,60 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen MaBanzug.

aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger MaBarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telefon: 25 53 43

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.

Ab 6. Juli: Stilly: Ein Mittelmachtspuk. Filck und Flocke im Gespensterschloß.

C. Th. Dreyer: Die seltsamen Erlebnisse des David Gray (Vampir).

Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funkens“

Unterstützt Eure Zeitung!

Wert Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserate!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfothenauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Boyer.
52 Seiten. Gehetel 0,40 M.

Aus den Presse-Urteilen:

„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldwährung geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 169, vom 17. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a.
Postscheckkonto: Berlin 81 832

Starke Worte im preußischen Staatsrat.

Berlin, 7. Juli.

Der preußische Staatsrat beschäftigte sich am Donnerstagabend in einer zweiten Vollsitzung mit dem Ergänzungshaushalt für 1932, der zum Ausgleich des Fehlbetrages von 150 Millionen Mark im preußischen Haushalt die Schlachtsteuer und die Zwangssparkasse für Beamte bringt. Er stimmte gegen die Fraktion Arbeitsgemeinschaft und die kommunistische Fraktion einem Gutachten des Ausschusses zu, in dem es unter anderem heißt: Der Staatsrat hält eine Schlachtsteuer auf die Dauer für untragbar, wenn gleich er die Zwangslage, die zu ihrer Einführung Anlaß gab, nicht verkennt. Nach den Erklärungen der Staatsregierung hat das Reich die Verpflichtung übernommen, den Betrag von 100 Millionen für die Ueberlassung der Staatsanteile an den Siedlungsbanken und -Gesellschaften zu zahlen. Die Staatsregierung wird ersucht, diese

Forderung gegen das Reich mit allem Nachdruck geltend zu machen.

Das Reich würde zur Zahlung auch in der Lage sein, wenn es seine Ausgaben annähernd so stark einschränken würde, wie es im Haushalt Preußens und der Gemeinden in den letzten Jahren geschehen ist.

Was wird die Regierung nach diesen starken Worten tun?

Um die Amnestie in Preußen.

Entwurf des Staatsrats.

Der Preußische Staatsrat hat am Donnerstag eine eigene Amnestievorlage beschlossen. Wir heben hier nur die wesentlichen Änderungen gegenüber der vom Landtag angenommenen, vom Staatsrat aber beanstandeten Amnestievorlage hervor:

1. Taten, „deren Ausführung von Rohheit, Gewinnsucht oder niedriger Gesinnung zeugt“, werden auch von der politischen Amnestie ausgenommen (nicht nur von der Amnestie, die sich auf die Notdelikte bezieht).

2. Dienstvergehen von Beamten, die auf Abtrennung deutschen Gebietes vom Reich oder von Preußen abzielten, werden nicht amnestiert.

3. Straftaten im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen werden amnestiert (Zusatz auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags).

4. Unter die Amnestie fallen nur Vergehen, die mit einer niedrigeren Strafe als sechs Monaten Gefängnis bestraft worden sind.

Gegen den neuen Entwurf stimmten im Staatsrat die Kommunisten und das Zentrum. Das Zentrum, weil heute eine Amnestie nur die Unsicherheit auf der Strafe erhöhen würde.

Am Freitag wird der Entwurf des Staatsrats im Landtag verhandelt.

Was die Beurteilung der vom Staatsrat vorgenommenen Änderungen angeht, so verweisen wir für Punkt 1 auf den Aufsatz von Kurt Labischin im „Funk“ vom 7. Juli. Im übrigen ist nur Punkt 3 als ein Fortschritt zu begrüßen. Die Abgrenzung der Amnestie auf Verbrechen der Nazis gegenüber den Kommunisten hinaus: wir haben oft berichtet, daß in ähnlich liegenden Fällen die Nazis erheblich niedriger bestraft wurden als Linksstehende

Neue Zeitungsverbote.

Der Reichsverband der Deutschen Presse protestiert.

Der Reichsinnenminister hat den badischen Innenminister Maier (SPD) ersucht, die Zentrumszeitung „Donaubote“ in Donaueschingen auf fünf Tage zu verbieten. Sie habe Herrn Schleier böswillig verächtlich gemacht. Maier hat die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen.

Der württembergische Innenminister Bolz (Zentrum) hat die kommunistische „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“ in Stuttgart auf drei Tage verboten.

Protest gegen SA-Mord-Terror.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat an den Reichsinnenminister von Gayl nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Seit der Freigabe der SA hat im öffentlichen Leben Deutschlands geradezu eine ungeheure Unsicherheit Platz gegriffen.

Täglich berichtet die Presse aus allen Teilen Deutschlands, von Süddeutschland abgesehen, über politische Gewalttaten.

Die Zahl der Todesopfer und der Schwerverletzten ist in diesen wenigen Wochen bereits erschreckend groß geworden.

Es ist ganz unmöglich, den Kausalzusammenhang zwischen der Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit und der Freigabe der SA zu verkennen. Fast bei allen Zusammenstößen ist die uniformierte SA beteiligt. Das ist nicht auffällig. Die SA ist ein Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Führer dieser Partei führen eine so maßlose Sprache, daß diese Gewalttätigkeiten ihrer Anhänger geradezu erzeugen muß. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der nationalsozialistische Führer Dr. Goebbels in Kiel seine Rede vor einer Massensammlung mit den Worten schloß: „Gehängt wird doch“.

Wenn der Wahlkampf nicht noch weitere und immer steigende blutige Opfer fordern soll, erscheint uns unerlässlich, daß die Zulassung der SA schleunigst wieder rückgängig gemacht werde.

Die Voraussetzungen, unter denen der Herr Reichspräsident seine frühere Verordnung wieder aufhob, sind durch die Tatsachen widerlegt worden.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die bei uns herrschenden Zustände nicht bloß aus innenpolitischen Gründen aufs Tiefste zu beklagen sind, sondern auch dazu angetan sind, die Stellung der deutschen Politik dem Ausland gegenüber zu erschweren.

Die zahlreichen Korrespondenten der ausländischen Presse sind ununterbrochen in der Lage, ihren Blättern über die bürgerkriegsähnlichen Zustände zu berichten.

Wenn diesen Zuständen nicht in aller nächster Zeit durch die von uns angeregte Maßnahme ein Ende gemacht wird,

Für und gegen den Hoover-Plan.

Die „Kleinen“ Staaten äußern sich!

Hr. Am Donnerstag nachmittag trat der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz zusammen, um den kleineren, auf der Konferenz vertretenen Mächten Gelegenheit zu geben, sich zu den Abrüstungsvorschlägen Hoovers zu äußern.

Die Vertreter Kanadas und Belgiens begrüßten gleich zu Beginn der Diskussion warm die Forderungen Hoovers, die im wesentlichen auf die Herabsetzung aller Rüstungen um ein Drittel ihres Bestandes hinauslaufen. Der Kanadier appellierte an das Verantwortungsbewußtsein der Konferenzteilnehmer, die Konferenz dürfe nicht scheitern, das Schicksal der Völker hänge von ihrem Ausgang ab. Auch der Belgier trat im Interesse eines Konferenz-Ergebnisses für den Hoover-Plan ein. Er erklärte, wenn auch nur die eine Teilforderung angenommen werde, wonach die schwere Artillerie, die Tanks und das Luftbombardement verboten werden sollte, so sei doch schon etwas erreicht. Einen Mangel habe der Hoover-Plan allerdings, und da bedürfe er einer Ergänzung: er gehe über

die Frage der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels

hinweg. Es sei nötig, diese Fragen ebenfalls zu lösen und die Durchführung der Abmachungen von einer wirksamen Kontrollinstanz überwachen zu lassen. — Das ist eine Forderung, die in der Tat eine entscheidende Kriegsgefahr trifft.

Es war vorgesehen worden, nur die kleineren Mächte zu Wort kommen zu lassen, da die Großmächte bereits Gelegenheit zur Aussprache hatten. Offiziell hat man sich auch daran gehalten. Aber die englische Regierung hat es doch verstanden, in diese Aussprache hinein ihrer Stellungnahme Gehör zu verschaffen. Während in Genf der Ausschuß tagte, hielt im englischen Unterhaus Baldwin als stellvertretender Ministerpräsident eine Rede, in der er die Auffassung der englischen Regierung über den Hoover-Plan darlegte. Den Text seiner Rede überreichte der englische Außenminister Simon zu Beginn der Genfer Verhandlungen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz zur Veröffentlichung.

Im Gegensatz zu den Forderungen Belgiens und Kanadas, die das Ziel der Abrüstung ernsthaft ins Auge fassen, kommt in den englischen Ausführungen eine Großmacht zum Wort, die die Ueberlegenheit ihrer Rüstungen über eventuell auftretende Konkurrenten um keinen Preis aufgeben will — zum mindesten nicht auf den für sie entscheidenden Punkten. Für das englische Weltreich sind die Seerüstungen die entscheidenden Waffen. Deshalb beginnt Baldwin seine Rede damit, dem amerikanischen Vorschlag für die Landabrüstung zuzustimmen. Um keine Illusionen aufkommen zu lassen, erläutert Baldwin diese Zustimmung durch die Feststellung, England habe seine Landarmee bereits weiter abge-

rüstet, als es das nach dem amerikanischen Plan vorgesehene Mindestmaß für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verlange.

Nun aber die Seeabrüstung! Hoover fordert die Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel. England verlangt eine besondere Berücksichtigung seiner Lage, die durch die weiten zwischen den Gebieten des englischen Weltreichs gelegenen Seestrecken gekennzeichnet sei. Die englische Regierung stellt daher einen Gegenvorschlag auf, der durch eine Häufung von Zahlen und Einzelangaben darüber hinwegtäuschen soll, daß an die Stelle einer Beschränkung der gesamten Seerüstungen, nur eine Beschränkung der Größe der zugelassenen Schiffe gefordert wird.

Dem Bau kleiner Kreuzer und Schlachtschiffe ist in diesem englischen Programm keine Grenze gezogen.

Was hilft es, daß die kleineren Mächte der Abrüstungskonferenz, die keine ins Gewicht fallenden Rüstungen zu verteidigen haben und die daher ernsthaft an der Abrüstung interessiert sind, Gelegenheit erhalten, ihre Stimme für die Abrüstung zu erheben, wenn gleichzeitig eine der Großmächte, bei denen letzten Endes die Entscheidung über den Ausgang der Konferenz doch liegen wird, die Möglichkeit hat, die zur Diskussion gestellten Abrüstungsvorschläge zu sabotieren? Die Amerikaner selber haben nach dem Widerstand den ihr Plan in England und Frankreich gefunden hat, die Hoffnung auf einen Erfolg aufgegeben. Wenn demnach sogar dieser Plan, der den bedrängten Staatsbudgets erhebliche Sparmöglichkeiten eröffnete und sich dadurch den kapitalistischen Staaten empfahl, zum Scheitern verurteilt ist, so ergibt sich für alle diejenigen, die die Sicherung des Friedens wirklich wollen, mit erneutem Nachdruck die Mahnung, ihr Ziel nicht dem Zufall zu überlassen, daß irgend ein unvorhergesehenes Ereignis eine solche Konferenz noch zu einem brauchbaren Ergebnis führt.

Die Arbeiterschaft, die zuerst von den grauenhaften Folgen eines neuen imperialistischen Krieges betroffen würde, hat die Aufgabe, selber die Mittel bereitzustellen, die es ihr ermöglichen, den Ausbruch eines solchen Krieges zu unterbinden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion setzten sich auch die Vertreter von Brasilien, San Domingo, Kuba und Mexiko entschieden für den Hoover-Plan ein. Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns stimmten zu mit der Zusatzforderung, daß die Gleichberechtigung der Mächte, die auf Grund der Friedensverträge schon abgerüstet hätten, anerkannt und durch die Abrüstung der übrigen gesichert werde.

Der geschäftsführende Vorstand des Reichsvorbandes der Deutschen Presse hat in einer Entschliebung gegen die neue Verbotssprache protestiert. In der Entschliebung heißt es unter anderem über die Notverordnung vom 14. Juni:

„Trotz der vorgenommenen Abänderungen bildet die Verordnung in ihrer neuen Fassung eine schwere Gefahr für die Unabhängigkeit der verantwortungsbewußten Presse, die ein unentbehrlicher Faktor der politischen Meinungsbildung ist und darum einem wichtigen Lebensinteresse der Nation entspricht. Der Reichsvorband der Deutschen Presse fordert deshalb erneut die Beseitigung von Bestimmungen, die in ihrer Auswirkung zweischneidig sind und eine mit dem Grundsatz der Pressefreiheit nicht vereinbare Belastung der deutschen Presse in ideeller und materieller Hinsicht darstellen.“

Thüringische Regierung zurückgetreten.

Ueber „Zufälle“ gestolpert.

Die thüringische Regierung hat am Donnerstag abend folgende Erklärung abgegeben:

„Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes sind vom Landtage Beschlüsse gefaßt worden, die durchzuführen die

Landesregierung nicht in der Lage ist. Die Mitglieder der Thüringer Landesregierung treten somit zurück.“

Ueber die fraglichen Landtagsbeschlüsse wird gemeldet: Durch Zufallsabstimmungen im Landtag war die Regierung gezwungen, einen Betrag von 2,8 Millionen an die Gemeinden abzuführen; weiter war die Konsumvereinssteuer gefallen. Diese Zufallsmehrheit kam dadurch zustande, daß die Nationalsozialisten in der entscheidenden Sitzung zum Teil nicht anwesend, zum Teil ausgeschlossen waren. Eine weitere Belastung stellte die vom Landtag geforderte Aufhebung der Lockerungsverordnung zum Mietersteuergesetz dar.

Nach den Mehrheitsverhältnissen im Landtag kämen für eine Regierungsbildung nur die gleichen Parteien mit neuen Männern in Frage, so daß mit dem Zustandekommen einer neuen Regierung nicht zu rechnen ist.

Seit Wochen wird bereits von nationalsozialistischer und kommunistischer Seite die sofortige Landtagsauflösung gefordert, obwohl der Landtag im Spätherbst sowieso aufgelöst werden würde.

Jetzt geht der Streit darum, ob — was das einzig Vernünftige wäre — der thüringische Landtag am 31. Juli gleichzeitig mit dem Reichstag neu gewählt werden soll; oder ob die berufsmäßigen Wahlkämpfer (Demagogen), die von einer Wahl zur anderen hoffen, die Nazis, das Vergnügen haben werden, einige Zeit nach dem 31. Juli in eine neue „Kampagne“ zu ziehen.

Rin in die Kartoffeln — raus aus die Kartoffeln

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags, deren Vertreter im Geschäftsordnungsausschuß dem Nazi-Antrag auf Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Braun zugestimmt hatten, damit Hitler gegen diesen einen Beleidigungsprozeß führen könne, beschloß, im Plenum gegen die Immunität zu stimmen — „in Uebereinstimmung mit ihrer bisherigen Praxis“, nach der das Zentrum grundsätzlich gegen Aufhebung der Abgeordneten-Immunität war. — Wenn das die Zentrumspraxis war; was in aller Welt war dann in die Zentrumsvertreter im Geschäftsordnungsausschuß gefahren?

Die Bayern protestierten gegen die wirtschaftspolitische Notverordnung der Papen-Regierung; der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags nahm einstimmig einen Antrag der SPD und Bayerischen Volkspartei an auf Abänderung der fraglichen Notverordnung. Die von von Papen verordnete Belastung der Armen gehe viel weiter als die von Brüning verordnete, erklärte Staatssekretär Funke.

Der „Unterweltverein Arcona“

ist durch Berliner Abendblätter vom Donnerstag zu einer ebenso schnellen wie voraussichtlich kurzen Berühmtheit gelangt: sein „Führer“ Schubert war vor einigen Tagen von dem Wirt einer Kneipe im Berliner Norden wegen dauernder Belästigung der Gäste aus dem Lokal gewiesen worden. Telephonisch bestellte Schubert sofort acht Männer von „Arcona“ mit Pistolen. Die rückten mit zwei Autos an, „Gebt Feuer!“, kommandierte Schubert, und die Kugeln flogen durch die Fenster ins Lokal. Zwei Gäste wurden schwer verletzt. Die Kriminalpolizei arbeitet noch an dem Fall. Bisher sind acht Personen festgenommen worden.

muß der für Deutschland abträgliche Eindruck in der Welt entstehen, als wenn die Regierung nicht gewillt oder in der Lage sei, mit der erforderlichen Entschiedenheit gegen die SA aufzutreten.

In vorzüglicher Hochachtung

Deutsche Liga für Menschenrechte EV.“

Wir glauben zwar nicht, daß solche Appelle bei Herrn von Gayl auf fruchtbaren Boden fallen — denn wenn er etwas an den geschilderten Zuständen ändern wollte, hätte er es längst tun können, da sie ja derartig in die Augen springen, daß ein Hinweis überflüssig ist. Trotzdem sind solche Proteste nötig, damit die für die Zulassung der SA Verantwortlichen sich nicht damit verteidigen können, sie hätten von der Unzufriedenheit aller Anständigen mit dieser gelben Pest nichts erfahren. Und solche Proteste müssen veröffentlicht werden, damit die leicht vergebliche Volksmeinung sich nicht nur bildet an dem, was Nazis und ihre Freunde tagtäglich mit dem ihnen mehr als den Sozialisten zur Verfügung stehenden Geld- und Stimmaufwand in die Welt posaunen, daß sie die Unschuldslämmer, der „marxistische Pöbel“ die Schuldigen am Bürgerkrieg in Deutschland seien.

An alle anständigen Rechtsanwälte.

Zu der Gruppe von unanständigen Leuten, die selbst in der NSDAP noch überraschen, gehören Figuren wie der Rechtsanwalt Freisler. Der hat auf den Protest des Deutschen Anwaltsvereins gegen Kubes Beschimpfungen der Rechtsanwälte und der Anwaltskammern jetzt in einem offenen Brief geantwortet: Der Brief stellt an Niedrigkeit der Beschimpfung und Aufhetzung gegen die Juden Kubes Leistungen noch in den Schatten.

Jetzt haben vor allem alle anständigen nicht-jüdischen deutschen Anwälte das Wort, und die Pflicht, innerhalb des Anwaltsvereins Entscheidungen herbeizuführen, die die Beziehungen zu Vertretern wie Freisler abbrechen.

J.A. Hobson über Krise und Krisenbekämpfung.

Der englische Nationalökonom J. A. Hobson, London, vertritt ungefähr dieselbe Krisentheorie wie wir. Der „Manchester Guardian“ vom 2. Juli veröffentlicht eine „Beweisführung in zwanzig Schritten“ von Hobson. Wir benutzen diese Gelegenheit, unsere Leser mit Hobsons Ansichten bekanntzumachen, indem wir seine Ausführungen in Uebersetzung hier vollständig wiedergeben.

Die Lage der Weltwirtschaft deutet geradezu hin auf die folgende Kette der Beweisführung:

1. Unser Land und die ganze Erde leiden unter einem Mangel an Konsumentenkaufkraft; sie hat nicht Schritt gehalten mit der fast allenthalben in Industrie und Landwirtschaft wachsenden Produktionskraft.

2. Der ungenügende Konsumanteil ist nicht in erster Linie verursacht durch irgendwie mangelndes Einkommen. Denn normalerweise genügen zum Kauf des ganzen Produkts bei allen Produktionsprozessen die in Geld gerechneten Kosten, die laufend als Löhne, Gehälter, Grundrente, Zins, Profit bezahlt werden.

3. Wenn daher Konsumgüter nicht genügend gekauft werden, so kann das zur Ursache nur haben entweder die Anschaffung von zu viel neuen Produktionsgütern (auf Grund von Ersparnissen und Anlage von Ersparnissen) oder eine Fernhaltung von Kaufkraft vom Kauf sowohl von Konsumgütern als auch von Produktionsgütern (sogenannten Kapitalgütern).

4. Der gegenwärtig sichtbare Ueberschuß an Produktionskraft muß in erster Linie der früher vorhandenen Tendenz zugeschrieben werden, mehr Einkommen zu verwenden auf den Kauf neuer Produktionsgüter, als notwendig ist, um so viel Konsumgüter zu produzieren, als die Konsumenten mit dem ihnen verbleibenden Einkommen kaufen können.

5. Wenn dieser Schritt, einen Ueberschuß von Produktionskraft zu schaffen und in Gang zu setzen, gemacht ist, so muß das zu einer Periode der Ueberproduktion und zu einem Preissturz führen; diesem folgt dann ein Rückgang der Produktion und eine Einschränkung der Beschäftigung aller minder rentablen Kapitals und Arbeitslosigkeit.

6. Sobald diese Stufe erreicht ist, wird das Sparen zur Schaffung und Inangasetzung von neuem Kapital stark vermindert. Denn die Profite, die Hauptquelle der Neubildung von Geschäftskapital, werden kleiner, und die Ersparnisse, die noch gemacht werden, werden bei den Banken eingelegt und warten dort auf eine Belebung des Geschäfts, um erst dann angelegt zu werden.

7. Wenn dies eine richtige Darstellung der Lage und ihrer Ursache ist, so

kann kein Heilmittel wirken, das nicht die ursprüngliche Tendenz korrigiert, zu schnell Kapital zu schaffen (das heißt: zu viel zu sparen).

8. Weil allgemein zugegeben wird, daß die reichere Klasse einen größeren Teil ihres Einkommens sparen kann und tatsächlich spart als die ärmere Klasse, ist klar, daß das übermäßige Sparen nur verhindert werden kann entweder durch Herstellung größerer Gleichheit der Einkommen, oder durch Steuer- oder Verstaatlichungsmaßnahmen, durch die größere Teile der hohen Einkommen zum öffentlichen Einkommen geschlagen werden.

9. Diese Analyse der Lage

verurteilt als ausdrücklich schädlich die Herabsetzung von Gehältern, Löhnen, Pensionen,

die Einschränkung öffentlicher Arbeiten und der Gemeindearbeiten zur öffentlichen Versorgung.

10. Selbst wenn dann alles Geld, das dabei vom Steuerzahler gespart würde, sicher von ihm unverzüglich ausgegeben würde für Konsumgüter, so würde zwar die Lage in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitern unmittelbar nicht schlechter. Doch würden an die Stelle von Ausgaben für Lebensnotwendigkeiten Ausgaben für minderwertige und Luxusgüter treten, und das würde als Nebenwirkung schweren Schaden für Gesundheit und Moral der Bevölkerung bringen.

11. Aber weil direkte Steuern meist von den reicheren Klassen gezahlt werden, würde die Endwirkung einer solchen Politik (der Steuerentlastung) die Ungleichheit der Einkommen verschärfen und so den Weg zur Besserung der Konjunktur verbauen (das gilt für England! Der Uebersetzer).

12. Es ist sogar zweifelhaft, ob eine solche Finanzpolitik auch nur dazu hilft, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Denn da diese Politik sicherlich den Konsum insgesamt beschränkt, die Preise fallen läßt und die Arbeitslosigkeit vergrößert, kann es sehr wohl sein, daß der Staat durch Mindereingang von Steuern ebenso viel verliert, wie er durch Einsparung von Ausgaben gewinnt. Darüber hinaus muß man erwarten, daß auf diese Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung eine entsprechende Zunahme der Zahl der Erwerbslosen folgt.

13. Wenn, wie allgemein behauptet wird, Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt zu einer Ermäßigung der Löhne in unseren Ausführindustrien führt und dadurch, wie man hofft, zu einer Vergrößerung unseres Anteils am schrumpfenden Welthandel, ist weitere Verwirrung im Spiel. Denn selbst wenn solche Lohnkürzungen von den Arbeitern hingenommen werden und wenn eine gewisse Erleichterung auf den auswärtigen Märkten erreicht wird, so würden die herabgesetzten Löhne trotz Vermehrung der Zahl der Arbeiter in diesen Industrien, wohl kaum insgesamt einen Zuwachs zu ihrer Nachfrage nach Konsumgütern zur Folge haben.

14. Die Herabsetzung der Produktionskosten in unseren Ausführindustrien würde — beim gegenwärtigen Zustand der Weltwirtschaft — fast sicher ihr Ziel verfehlen; denn unsere auswärtigen Konkurrenten würden sich veranlaßt fühlen, im Lohnsenken mit uns zu konkurrieren; ferner würden die Zollmauern in denjenigen Ländern erhöht werden, deren Märkte zu erobern wir versuchen.

15. Aber nehmen wir an, die Verbilligung der Arbeitskraft würde uns in den Stand setzen, unsere Ausfuhr zu vergrößern, — die Herabsetzung unserer Verkaufspreise würde nicht dazu helfen, eine Weltwirtschaft wieder zu beleben, die gerade unter dem außerordentlichen Preisfall leidet! Die Arbeitslosigkeit würde lediglich teilweise in andere Länder verschoben werden, deren Güter wir vom Markt vertreiben auf Grund unserer Hungerlöhne.

16. Wenn wir als wahr anerkennen, daß die Erholung und Gesundheit eines Landes nicht auf Kosten anderer Länder erreicht werden kann, weil wir ja in einem weltwirtschaftlichen System leben und arbeiten. — dann müssen wir erkennen, daß die geschilderten Versuche, unser eigenes Haus in Ordnung zu bringen, wirkungslos sind, außerdem der internationalen Verständigung und dem internationalen Zusammenarbeiten zuwiderlaufen. Und durch sie allein können wir zu Sicherheit und Fortschritt gelangen.

17. Unter den Staatsmännern der meisten Länder wächst die Neigung, diese Wahrheit anzuerkennen und sie zur Grundlage einiger bald zu ergreifenden währungspolitischen Maßnahmen zu machen. Aber die währungspolitischen Maßnahmen, die verschiedene Länder zur Belebung der Konjunktur ergriffen haben, sind kein Zeichen für ein klares Erfassen des entscheidenden Mittels der Krisenüberwindung: eine größere Menge und einen größeren Teil der Kaufkraft in die Hände derer zu legen, die Konsumgüter kaufen wollen. Denn ohne daß die Konsumgütermärkte angekurbelt werden, ist es nutzlos, industriellen Unternehmungen billigen Bankkredit oder Anlagekapital im Ueberfluß anzubieten. Diese Unternehmungen können ja nicht mehr Kapital mit Aussicht auf Profit benutzen, wenn sie nicht die Gewähr haben, daß ihre vergrößerte Produktion ohne weiteren Preisfall verkauft

werden kann. Und das Zutrauen dazu können sie nicht bekommen, ohne zu wissen, daß die Masse der Konsumenten das hat, womit sie das vermehrte Angebot kaufen kann.

18. Inflation oder Reflation — auf Grund internationaler Verständigung — kann nur dann Erfolg haben, wenn gesichert ist, daß ein wachsender Teil der vergrößerten Geldmenge in die Hände der Konsumenten kommt, sodaß das Geld ohne Verzug für Konsumgüter ausgegeben wird.

19. Schließlich: eine zu diesem Zweck vorgenommene Schaffung von zusätzlicher Kaufkraft kann, selbst wenn sie richtig angewandt wird, nur eine vorübergehende Wiederbelebung hervorrufen. Wenn das ökonomische System zu normaler Gesundheit zurückgekehrt ist, dann würde die Neubildung übermäßig großer Einkommen in Form hoher Profite, Grundrenten, Dividenden u. s. w. (insgesamt der Zahlungen, die über das hinausgehen, was benötigt wird, die Abnutzung der Produktionsmittel auszugleichen) von neuem beginnen, die Entwicklung des Kapitalismus aus dem Geleise zu werfen; denn das würde wieder anreizen zu Versuchen, einen zu großen Teil des Gesamteinkommens zu sparen.

20. Dieses „Uebermaß“ bildet ein irrationales Element in unserem ökonomischen System, das nur beseitigt und nutzbar gemacht werden kann durch bewußte Organisation von seiten unserer Wirtschaftsgesellschaft.

Millionenverluste bei Mansfeld.

Die Mansfeld A.-G. legte für das verflossene Geschäftsjahr einen Verlustabschluss vor, der alle Erwartungen übertraf.

Insgesamt ergibt sich bei einem Umsatz von 56 Millionen Mark (gegen 87 Millionen Mark im Vorjahr) und nach 3,46 Millionen Mark Abschreibungen (gegen 4,21 Millionen Mark im Vorjahr) ein Verlust von 2,07 Millionen Mark.

Verlust also trotz der Millionensubventionen durch das Reich und den Preussischen Staat!

Die nicht subventionierten Betriebe schlossen mit geringem Gewinn ab (rund 100 000 Mark).

Im Subventionsbetrieb betrugen die Verkaufserlöse 31,6 Millionen Mark. Dabei ergibt sich ein Verlust von 13,5 Millionen Mark, wovon 8,9 Millionen in der Form von Zuschüssen, Steuererleichterungen und Investitionsbeihilfen vom Staat getragen werden, während 4,6 Millionen zu Lasten der Gesellschaft gehen: Der Verlust beträgt 43 Prozent der Verkaufserlöse!

Das wird verständlich, wenn man die

Entwicklung der Metallpreise,

die für die Mansfeld A.-G. hauptsächlich in Betracht kommen, vom 31. Dezember 1930 bis zum 31. Dezember 1931 verfolgt.

	Ende 1930	Ende 1931	Rückgang
	Mark	Mark	in Proz.
Drahtbarrenpreis des Kupferkartells,			
Hamburg je Tonne	1000	694	30,6
Feinsilber in London je Kilo	43	42	2,5
Blei in London je Tonne	301	216	28,5
Zink in London je Tonne	276	204	26,3

Gleichzeitig ging der Absatz stark zurück.

Die Entwicklung der Kurse

der Mansfeld A.-G.-Papiere entsprach der Entwicklung der Kartellpreise. Zur Vergleichung geben wir noch die höchsten und niedrigsten Kurse vom Jahre 1929:

	1929	1930	1931	1932
höchster Kurs	144,25	112,62	44,—	15,—
niedrigster Kurs	101,50	31,—	10,25	11,25

Kurs am 6. Juli: 13,—

In der nicht-betrieblichen Vermögensverwaltung ergab sich ein Ueberschuß von 2,4 Millionen Mark infolge eines Buchgewinns von 3,5 Millionen Mark, der zum Teil aus einer Aktieneinziehung von nominell etwa 1,7 Millionen Mark stammte. Der Rest rührt im Grunde ebenfalls von einer Subvention her, nämlich aus Substanzverkäufen an den Preussischen Staat.

Die Subventionen werden damit gerechtfertigt, daß in der Mansfeld A.-G. zur Zeit insgesamt noch rund 17 000 Arbeiter beschäftigt werden. Diese Begründung ist jedoch nicht hinreichend und stichhaltig. Staatliche Zuschüsse hätten, an anderer, volkswirtschaftlich wichtigerer Stelle eingesetzt, die Wirtschaft stärker angekurbelt als der Einsatz der Millionenbeträge in dem doch bankrotten und wohl nie mehr rentabel werdenden Kupferbergbau (abgesehen von Kriegs- und „Autarkie“-Zeiten).

Die Mansfeld A.-G. wird übrigens für abschbare Zeiten ein Verlustunternehmen bleiben, selbst wenn die Metallpreise steigen würden, da große Abbuchungen auf Anlagen und Beteiligungen notwendig sind. Die Großaktionäre wünschen, daher, daß der Staat ihnen die Verlustbetriebe möglichst ganz abnimmt.

R. H.

Industrielle finden das Subventionssystem seltsam.

Dem Mitteilungsblatt des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller e. V. („Die Mitteldeutsche Industrie“) entnehmen wir folgende, ausnahmsweise vernünftige Betrachtung:

„Wenn man die Reichshaushaltrechnung vom Jahre 1930 durchprüft, so stößt man bei Durchsicht der Subventionen auf seltsame Dinge. So werden aus Reichsmitteln u. a. unterstützt:

Eine Berliner Blumentopfgesellschaft;
ein Ausschuß für Sauerkrautverbrauch;
eine Anzahl von Propagandastellen für Milch, Wein, Fische u. s. w.

Besonders das Reichsernährungsministerium muß reichliche Mittel für Subventionszwecke aller Art zur Verfügung haben; denn es gibt rund 80 Prozent seines Haushalts an solche Institutionen aus, die sich für Produktion, Absatz, Marktunterstützung, Valorisation und dergleichen einsetzen. Daß diese Subventionen nicht nur Geld, sondern auch besondere Dienststellen für die Bearbeitung erfordern, sei nur nebenbei erwähnt. Seine Mittel fließen nach allen Seiten hin, ohne Rücksicht darauf, daß sie zum Teil völlig entgegengesetzten Zwecken dienen.

Das Ministerium unterstützt, wie erwähnt, auf der einen Seite die Propaganda des deutschen Weinbaues, gegen die an und für sich wohl nichts einzuwenden wäre, auf der anderen Seite aber auch die Abstinenz-Bewegung. Es unterstützt die Förderung des deutschen Tabakbaues, aber auch die Tabakgegner. Soll damit verhindert werden, daß der Tabakzoll, von dem der Staat zum Teil mit lebt, allzu große Beiträge abwirft?

Man geht wohl ferner nicht fehl, wenn man annimmt, daß einzelne dieser Institutionen nicht nur von einer, sondern von mehreren öffentlichen Stellen unterstützt werden, und zwar aus sogenannten Geheimfonds, damit keiner der Geldgeber vom anderen etwas erfährt. Alle Reichsministerien weisen bei jeder passenden Gelegenheit darauf hin, daß überall die größte Sparsamkeit herrsche. Wenn man aber das Kapitel der Subventionen näher betrachtet, kann man über diese viel gepriesene Sparsamkeit doch etwas anderer Ansicht sein.

Wenn auch zu hoffen ist, daß diesem seltsamen Subventionssystem inzwischen schon einigermaßen Einhalt geboten worden ist, so wäre es doch eine dankbare Aufgabe der neuen Reichsregierung, in dieses Kapitel des Haushalts einmal tiefer Einblick zu nehmen.“

Die Bezeichnung „vernünftig“ bezieht sich natürlich nicht auf den Schlußabsatz dieser Betrachtung. Wann werden die mitteldeutschen Industriellen, in der Hauptsache Inhaber von Verarbeitungsbetrieben, endlich weg haben, daß die Junker-Regierung sich zur Hauptaufgabe gesetzt hat, das „seltsame Subventionssystem“ auszubauen? Lm.

Millionengewinne bei Rheinischer Braunkohle.

Wie enorm muß die von Dr. Silverberg geleitete Rheinische A. G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation in den letztvergangenen fünf Jahren verdient haben! Die Gesellschaft verteilt auch in diesem Jahre wieder 10 Prozent Dividende.

Sie hat im Verlauf von fünf Jahren sich die Aktienmehrheit der Harpener Bergbau A.-G. zusammengekauft, des größten reinen Steinkohlenunternehmens in Deutschland. Wahrscheinlich besitzt sie heute nicht nur die einfache, sondern eine Zweidrittel-Mehrheit der Aktien, also nominell etwa 45 bis 60 Millionen Mark Aktien.

Diese Aktien sind zum Teil bei einem Kursstand von 200 und mehr Prozent gekauft worden. Das „Berliner Tageblatt“ schätzt den teuer gekauften Posten auf 20 Millionen Mark. Die Aktien stehen heute in der Bilanz mit weniger als dem Börsenkurs zur Zeit der Bilanzveröffentlichung (45 Prozent). Es waren also außerordentlich große Abschreibungen notwendig. Sie waren möglich, und trotzdem wurden hohe Dividenden gezahlt, trotzdem verfügt das Unternehmen reichlich über flüssige Mittel, trotzdem konnte es 1930 2 Millionen Mark neue DD-Bankaktien zum Kurs von 115 Prozent kaufen!

Diese Feststellungen zeigen deutlich: Wenn man durch zweckmäßige Wirtschaftspolitik dafür sorgt, daß Braunkohlenbetriebe sich mit der Förderung und dem Verkauf von Braunkohle beschäftigen statt mit der Förderung der Machtbestrebungen ihrer Eigentümer und mit dem Ankauf von Steinkohlenunternehmungen, wird Braunkohle wesentlich billiger sein! Rpt.

DEUTSCHLAND

Rasierklängen-Vollautomat: Eine neu gegründete Gesellschaft beabsichtigt angebl. mit Hilfe eines sogenannten Vollautomaten in Krefeld Rasierklängen zu produzieren. Der ganze Herstellungsprozeß ist mechanisiert. Die Maschine produziert täglich 70- bis 80 000 Rasierklängen. — Ein erfreulicher Erfolg der Technik! Ein Erfolg, der allerdings in der kapitalistischen Wirtschaftskrise die Not der Arbeitslosigkeit vergrößern wird. In Solingen, dem Hauptsitz der deutschen Rasierklängen-Produktion, wird gefordert, daß amtliche Stellen sich des Falles sofort annehmen, das heißt wohl: die neue Maschine verbieten.

SOWJET-UNION

Nichteisen-Metalle: Das Maiprogramm der Kupferproduktion wurde zu 50 Prozent erfüllt, das der Bleiproduktion zu 62 Prozent, das der Zinkproduktion zu 73 Prozent.

Schuhproduktion: Das erste Vierteljahr 1932 zeigte qualitativ und quantitativ schlechtere Ergebnisse als das vierte Vierteljahr 1931. — Von der Schuhproduktion sind nur 25 Prozent für bäuerliche Bedürfnisse berechnet. (Dabei leben in der Sowjet-Union 85 Prozent der Menschen von Land- und Forstwirtschaft!)